

Die Wahl zum 20. Hessischen Landtag am 28. Oktober 2018

WAHLNACHTBERICHT UND ERSTER KOMMENTAR

Das Ergebnis in der Übersicht	2
Zusammenfassende Bewertung und ausgewählte Aspekte	3
Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses	6
Erkenntnisse der Nachwahlbefragungen.....	8
Die Rolle der Bundespolitik	8
Rolle der Landespolitik	9
Ansichten zu den Parteien	9
Parteikompetenzen	9
Ausgewählte Ansichten über die Parteien.....	10
CDU	10
Grüne	10
SPD.....	11
Die Linke	11
AfD	11
Wer wählte was?.....	12
Gemeindegröße.....	13
Wählerwanderungen	13
Erkenntnisse aus den Befragungen vor dem Wahltag und aus den Vorwahlen.....	14
Befragungen vor dem Wahltag	14
Bedenkenswerte Aspekte der Vorwahl-Ergebnisse	16
Wahlbeteiligung und Wahlkreis-Ergebnis 2013.....	16
Stimmen für die »Volksparteien« CDU und SPD.....	17
Bisherige Wahlergebnisse für die AfD in Hessen	18
Hintergrund: Daten zur sozio-ökonomischen Struktur und Entwicklung in Hessen.....	20
Wahlkreise.....	20
Landkreise und kreisfreie Städte	22
Einkommen der privaten Haushalte	22
Bruttoinlandsprodukt	23
Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen	23

Das Ergebnis in der Übersicht

LTW18 HE Übersicht Vorläufiges amtliches Endergebnis								
	LTW09	LTW13	LTW18	+ / -	LTW09	LTW13	LTW18	+ / -
Wahlbeteiligung	61,0%	73,2%	67,3%	-5,9%	Sitze im Landtag			
Verteilung der gültigen Stimmen					118	110	137	27
CDU	37,2%	38,3%	27,0%	-11,4%	46	47	40	-7
SPD	23,7%	30,7%	19,8%	-10,9%	29	37	29	-8
Grüne	13,7%	11,5%	19,8%	8,3%	17	14	29	15
FDP	16,2%	5,0%	7,5%	2,5%	20	6	11	5
DIE LINKE	5,4%	5,2%	6,3%	1,1%	6	6	9	3
AfD		4,1%	13,1%	9,1%			19	19
Vorläufiges Ergebnis, Stand 29.10., 02:00								

LTW18 HE Zweitstimmen 2003-2013, vorläufiges Ergebnis 2018						
	LTW03	LTW08	LTW09	LTW13	LTW18 vorl.	LTW18/13
Wahlberechtigte	4.330.792	4.370.463	4.375.286	4.392.213	4.371.842	-0,5%
Nichtwähler	1.532.258	1.559.390	1.704.901	1.176.007	1.430.369	21,6%
Wähler	2.798.534	2.811.073	2.670.385	3.216.206	2.941.473	-8,5%
Ungültige Stimmen	63.542	68.114	78.513	85.425	62.171	-27,2%
Gültige Stimmen	2.734.992	2.742.959	2.591.872	3.130.781	2.879.302	-8,0%
CDU	1.333.863	1.009.775	963.763	1.199.633	776.254	-35,3%
SPD	795.576	1.006.264	614.648	961.896	570.166	-40,7%
Grüne	276.276	206.610	356.040	358.661	570.260	59,0%
FDP	216.110	258.550	420.426	157.451	215.642	37,0%
DIE LINKE		140.769	139.974	161.488	181.263	12,2%
AfD				126.906	378.376	198,2%

LTW18 HE: »Legitimationsbasis« 2003-2013					
	LTW03	LTW08	LTW09	LTW13	LTW18v.
Verteilung der gültigen Stimmen					
CDU	48,8%	36,8%	37,2%	38,3%	27,0%
SPD	29,1%	36,7%	23,7%	30,7%	19,8%
Grüne	10,1%	7,5%	13,7%	11,5%	19,8%
FDP	7,9%	9,4%	16,2%	5,0%	7,5%
LINKE		5,1%	5,4%	5,2%	6,3%
AfD				4,1%	13,1%
Sonstige	4,1%	4,4%	3,7%	5,3%	6,5%
Gültige Stimmen/Wahlberechtigte					
CDU	30,8%	23,1%	22,0%	27,3%	17,8%
SPD	18,4%	23,0%	14,0%	21,9%	13,0%
Grüne	6,4%	4,7%	8,1%	8,2%	13,0%
FDP	5,0%	5,9%	9,6%	3,6%	4,9%
LINKE		3,2%	3,2%	3,7%	4,1%
AfD				2,9%	8,7%
Sonstige	2,6%	2,8%	2,2%	3,8%	4,3%

Zusammenfassende Bewertung und ausgewählte Aspekte

Die Wahlbeteiligung war mit 67,3% zwar fast 6% niedriger als bei der letzten Landtagswahl. Doch 2013 fiel der Wahltag mit der Bundestagswahl zusammen. Daher muss, vergleicht man reine Landtagswahlen, von einem Anstieg der Wahlbeteiligung gesprochen werden. Es beteiligten sich mehr Wahlberechtigte als 2003, 2008 und 2009. Möglicherweise liegen dem die bundespolitischen Motive zugrunde, den Regierungsparteien einen »Denkzettel zu verpassen«.

Obwohl es keine Wechselstimmung im Land gab, hätte die schwarz-grüne Landesregierung fast ihre Mehrheit verloren. Nach dem vorläufigen Endergebnis erreicht sie nun mit 69 Sitzen eine hauchdünne Mehrheit im nun 137 Sitze umfassenden Landtag.

Die CDU erlebt in Hessen eine historische Niederlage. Unter der 30%-Marke landete sie zuletzt bei den Landtagswahlen 1962 und 1996. Sie erhält gerade einmal noch von gut jedem sechsten Wahlberechtigten die Stimme. Das Ergebnis wird dennoch als relativer Erfolg verhandelt, weil man stärkste Partei bleibe und weiterhin den Ministerpräsidenten stellen könne. Volker Bouffier gilt als »Mann Merkels«, und wenn er im Amt bleibt, vermindert sich zunächst der politische Druck auf die Kanzlerin. Gleichwohl haben die Verluste der Union, insbesondere die an den kleineren Regierungspartner, auch landespolitische Gründe. Die CDU hat an Kompetenzwerten verloren, in wichtigen Fragen trauen die Wähler eher den Grünen als der Union eine Lösung zu. In Hessen vollendet sich nun der erste Wahl-Zyklus, in dem sich die Union mit einer politischen Abspaltung aus ihrem originären Wählerpotential auseinandersetzen musste. Nachdem die Union, nicht zuletzt zur Rückeroberung der Wähler in den großen Städten, den urbanisierten Zentren, sich mehrheitlich einen gesellschaftspolitischen Modernisierungskurs verordnete hatte, wandte sich ein Teil ihrer Wählerschaft der AfD zu. Die CDU erlebte, was die SPD auf der anderen Seite der politischen Mitte mit der Linkspartei erlebte. Eine Partei rechts von der Union behauptete sich von Wahltermin zu Wahltermin, ohne dass bisher dieses Momentum durchbrochen werden konnte. Die Union wird nun, nicht in Hessen, aber mit Blick auf die kommenden Wahlen, eine strategische Entscheidung herbeiführen müssen, ob und wie und mit wem sie diese Partei auch im zweiten Zyklus der Etablierung einer neuen Partei - Griff nach der Regierungsmacht - von eben dieser fernhalten will; oder aber sie mit ihr Mehrheiten schaffen will. Diese innerparteiliche Frage läuft im Hintergrund, während im Vordergrund über die Amtsdauer von Angela Merkel gesprochen wird.

Die SPD unterbietet ihr historisch schlechtes Ergebnis von 2009 nochmals um ein paar Prozentpunkte, landet am Ende unter 20% - und um knapp 100 Stimmen hinter den Grünen. Das Wahlergebnis vermittelt nicht den Eindruck, dass der freie Fall der SPD ein Haltenetz erreicht hätte, schon gar nicht, dass ein Wendepunkt zum Besseren erreicht wäre. Auf den zweiten Blick unterscheidet sich das aktuelle Ergebnis nur wenig von dem bereits verheerenden Ergebnis 2009. Damals erhielt die SPD von 14% der Wahlberechtigten die Stimme, jetzt von 13%. Die Bindungsfähigkeit der SPD schwindet bereits seit längerem. Vordergründig entscheidend für diese Niederlage war nicht die Landespolitik, sondern die Rolle der SPD in der Bundesregierung. Weder erweist sich die Partei in den Augen ihrer potentiellen Wähler als wirkmächtig, um die Streitereien zwischen den beiden Unionsparteien zu disziplinieren noch hat sie eine begeisterte Idee, wozu sie überhaupt regiert. In den Äußerungen von Andrea Nahles und Lars Klingbeil am Wahlabend klang das durch, wenn sie programmatische Klärungsprozesse anmahnten und feststellten, dass für die »Erneuerung« nicht mehr die ursprünglich eingeplante Zeit zur Verfügung stehe. Es ist sicherlich richtig, dass der sofortige Austritt aus der Regierungskoalition die Partei dabei nicht weiterbringen würde. Denn damit wäre die entscheidende Frage des Wiederaufbaus einer sozialdemokratischen Partei nicht

beantwortet, nämlich woher die Kraft und Macht kommen wird, große sozialdemokratische Ziele zu formulieren und durchzusetzen. Hierzu zählten einmal die Vollbeschäftigungspolitik, die Anfang der 1980er Jahre stillschweigend ad acta gelegt wurde, und dazu zählte, dann doch zumindest im Arbeitsleben erworbene Ansprüche zu garantieren, was mit der Agenda2010 für unmöglich erklärt wurde - in beiden Fällen lautete bei den Adressaten sozialdemokratischer Politik die Botschaft: Es fehlt an Durchsetzungskraft, um noch die Rolle der Schutzmacht erfolgreich ausüben zu können. Mithin käme es nicht darauf an, die Sorgen der »kleinen Leute« wieder ernst zu nehmen, wie es häufig heißt, sondern ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass auch etwas erreicht werden kann gegen mächtige andere Interessen.

Die Grünen zählen zu den großen Gewinnern des Wahltags. Sie erreichen fast 20%, liegen knapp vor der SPD und können die Regierungsarbeit fortsetzen. Dazu erreichen sie erstmals Direktmandate und werden in größeren Städten zur stärksten politischen Kraft. Hierfür waren landes- wie bundespolitische Gründe ausschlaggebend. Dem grünen Spitzenkandidaten und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir gelang es, die Grünen als pragmatische gleichwohl zielorientierte Regierungspartei in liberal-konservativen Wählerschichten interessant zu machen und gleichzeitig ideologische Vorbehalte in traditionell konservativen Schichten abzubauen. Mit dieser Regierungsarbeit verloren sie ihre Funktion als ideologisches Feindbild konservativer (Gegen)Mobilisierungen. Die Politik der »kleinen Schritte« in eine für Bürgerinnen und Bürger vermutete bzw. erkennbare Richtung sowie des Interessenausgleichs scheint zugleich als angemessener Politikstil in einer komplexen Welt wahrgenommen zu werden: Wenn Zusammenhänge und Wirkungsketten nicht mehr überschaubar sind, laufen »große« Schritte Gefahr zu misslingen oder größere unbeabsichtigte Folgen und Nebenwirkungen zu zeitigen. Auf Landes- wie auf Bundesebene scheint den Grünen derzeit zu gelingen, was Robert Habeck als strategisches Ziel beschrieb, die »Reanimierung der demokratischen Mitte« (Interview im »Tagesspiegel«, 26.8.2018). Die politische Mitte zeichnet sich eher durch eine politische Methode, die die Mäßigung der »Extreme«, Bodenständigkeit und Interessenausgleich verknüpft, denn durch klare inhaltliche Konturen aus. Gleichwohl ist sie nicht beliebig: Wer nicht die Besorgnisse um die »Zukunft der Demokratie« und die »Reproduktion der Gesellschaftlichkeit«¹, also soziale und ökologische Modernisierung tatsächlich in den Mittelpunkt stellt oder zumindest als glaubwürdige politische Projektionsfläche dafür erscheint, wer also nicht ein tatsächlich vorhandenes Bedürfnis nach Repräsentation bedient, der wird die politische, demokratische »Mitte« nicht erobern.² Erfolgreich, zumindest wenn es nach jüngsten Wahlergebnissen und Umfragen geht, ist diese Strategie auch deshalb, weil die SPD und die CDU aus unterschiedlichen Gründen der Selbstfindung dazu nicht in der Lage sind. - Die Grünen werden deutlich stärker von Frauen als von Männern gewählt, sie gewinnen überdurchschnittlich in Groß- und nun auch in Mittelstädten und bleiben eine Partei, deren Wählerschaft unter den höher Gebildeten etwa dreimal so stark ist wie unter einfach Gebildeten.

Die AfD zählt ebenfalls zu den großen Gewinnern des Wahlabends und zieht als viertstärkste Fraktion nach einem gescheiterten Anlauf erstmals in den Hessischen Landtag ein. Sie ist nun in allen Landtagen vertreten, was innerhalb von fünf Jahren nach Gründung noch keiner Partei gelungen war. Sie gewinnt in Hessen leicht gegenüber ihrem Bundestagswahlergebnis

¹ In Umfragen stehen dafür z.B. die hohen Zustimmungswerte zur Sorge, dass »unsere Demokratie durch Rechtsextremismus/Rechtspopulismus in Gefahr gerät«, die Sorge um den »sozialen Zusammenhalt« oder dass »unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet«. Die FDP kann diese Rolle nicht ausfüllen, weil sie sich - auch unter Lindner - als ideologisch wirtschaftsliberal-libertäre Partei positioniert, die eher für mehr Individualismus als für mehr Gemeinsinn steht.

² Vgl. hierzu auch zwei am 27.10.2018 erschienene Texte von Alexander Fischer: Die Mitte nach Merkel; auf www.fliebstexte.de sowie von Tom Strohschneider: Unter der grünen Oberfläche in der aktuellen Wochenendausgabe der Zeitung „Neues Deutschland“.

hinzu. Stärker noch als in anderen Ländern gilt sie als Partei, die Positionen vertritt, die früher von der CDU vertreten wurden. Von dort kommen auch die größten Wählerzuwächse - möglich wurde dies auch, weil auf größere Wahlkampfhilfe vom völkisch-nationalistischen Flügel verzichtet wurde. Stattdessen wurde stärker auf »konservativ-bürgerlich-freiheitlich« gesetzt, so der Parteivorsitzende Meuthen am Wahlabend. Die AfD war die einzige Partei, die die in der Politikwissenschaft verschiedentlich behauptete neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen »Kosmopoliten/Globalisierungsgewinnern« und »Kommunitaristen/Modernisierungsverlierern« offensiv bediente: die AfD sei keine Partei für die »Globalisierungsgewinner im Penthouse, sondern für die Menschen in Sozialwohnungen« (Meuthen). Nachdem sich die AfD bereits in gesellschaftspolitischen/kulturellen Fragen als Antipode zu »den 68ern« positioniert hatte, versucht sie diese Polarisierung nun sozial zu unterfüttern und ein belastbares Bündnis zwischen traditionellem, wert- und nationalkonservativem Bürgertum und von den beiden (!) alten Arbeiter- und Volksparteien enttäuschten Wählern herzustellen, dessen Basis nach innen und außen gerichtete soziale Ressentiments sind. In einigen Gemeinden erreicht die Partei Ergebnisse von knapp 25%. Wenn auch die Beweggründe der Wähler unterschiedlich sein mögen, so sind solche Ergebnisse nicht mehr als rein ostdeutsches Phänomen zu behandeln.

Die Partei Die Linke fällt unter die »kleinen Gewinner«. Sie überspringt zum vierten Mal die Sperrklausel. Sie gewinnt in einer schwierigen politischen Großwetterlage auch vor dem Komma etwas hinzu. Wie in keinem anderen westdeutschen Flächenland hat die Partei durch entschiedene parlamentarische Opposition und außerparlamentarische Verankerung eine landespolitische Grundlage geschaffen und Bedeutung als landespolitischer Faktor erlangt - nicht zuletzt ein Verdienst von Janine Wissler. Der Wahlerfolg ist denn vor allem auch ein landespolitischer. Denn von der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung kann die erkennbar Partei nicht profitieren.

Die FDP, die größere unter den »kleinen Gewinnern« zieht ohne Probleme und gestärkt wieder in den hessischen Landtag ein, bleibt aber weit hinter der Stärke von 2009 zurück. Die Lindner-FDP hat noch keinen Weg gefunden, sich von dem jähen Absturz 2013 zu erholen. 2009 galt die FDP in Bund und Land als vielversprechende Projektionsfläche für enttäuschte Wähler von CDU und SPD. Sie verlor sich in der Regierungskoalition in kleinlichen Steuergeschenken, was zu den Stimmengewinnen der CDU 2013 führte. Nun tritt in Hessen eine gewisse Korrektur ein.

Rechtsruck in der hessischen Parteienlandschaft? CDU und AfD erzielen zusammen weniger Stimmen als die CDU unter Roland Koch oder, noch früher, unter Alfred Dregger. Die hessische CDU war immer eine stark wert- und nationalkonservativ ausgerichtete Partei. Hier signalisierte die CDU unter Merkel, durch den Parteiausschluss von Martin Hohmann, dass in der modernisierten Union dafür kein öffentlichkeitswirksamer Platz mehr sein würde. Adiert man die Stimmen für die Parteien, die gemeinhin rechts der politischen Mittellinie verortet werden, so erreichten CDU und FDP zusammen 2003 56,7% der gültigen Stimmen, 2008 nur 46,2%, 2009 wieder 53,4%. 2013 kamen CDU, FDP und AfD auf 47,4% und nun auf 47,6%. Eine eindeutige Wählerbewegung nach rechts ist aus diesen Zielen nicht herauszulesen. Die gleiche Zahlenreihe der Stimmen bezogen auf alle Wahlberechtigten lautet: 35,8% - 29,0% - 31,6% - 33,8% - 31,4%. »Die Gesellschaft« - zumindest in Hessen - bewegt sich nicht nach rechts. Vielmehr versammeln sich in der Gesellschaft bereits vorhandene rechte Einstellungen und Haltungen nun unter einer eigenen Parteifahne und das, was vorher im kleinen Kreis immer schon gesagt wurde, wird öffentlich, lauter, radikaler, breitet sich eher nicht aus, zwingt aber zur Positionierung.

Das Wahlergebnis lässt verschiedene Koalitionsmodelle zu, macht aber eine Fortsetzung der schwarz-grünen Regierungsarbeit, wie von einer Mehrheit in den Umfragen befürwortet, gerade noch möglich.

Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses

Die Wahlbeteiligung ist im Hochtaunus, hier im Wahlkreis Hochtaunus II, wie bei vorherigen Wahlen am höchsten, aktuell 74%. Im Wahlkreis Frankfurt V ist sie mit 55% am niedrigsten, ebenso in Offenbach mit 58,5%. Die Spreizung zwischen höchster und niedrigster Beteiligung hat sich leicht vergrößert - im Wahlkreis mit den höchsten Durchschnittseinkommen wählen drei Viertel, in der Stadt mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen nicht einmal zwei Drittel der Wahlberechtigten. Das Aufkommen der AfD hat in dieser sozialen Schieflage nichts Wesentliches geändert.

Erstmals gewinnen nicht nur CDU und SPD Direktmandate, sondern auch die Grünen: in den Wahlkreisen Kassel-Stadt I, Offenbach-Stadt, Darmstadt-Stadt I, Frankfurt II und Frankfurt V

Die Karte der Zweitstimmen nach Gemeinden erhält ebenfalls grüne Einsprengsel: In Kassel, Marburg, Gießen, Offenbach, Darmstadt, Mühlthal, Egelsbach und Zwingenberg werden die Grünen stärkste Partei.

Hinzu kommt ein blauer AfD-Fleck: Die AfD wird in der Gemeinde Hirzenhain mit 23,3% stärkste Partei.

Die CDU erreicht in Fulda ihr bestes Zweitstimmenergebnis (Fulda I: 36,5% und Fulda 37,1%). Ihr schlechtestes Wahlkreisergebnis erhält die CDU in Darmstadt-Stadt mit 17,9%.

Die AfD-Ergebnisse verlaufen in der Tendenz parallel zu denen der CDU, mit der gewichtigen Ausnahme Main-Kinzig. In Fulda ist sie stark, im Wahlkreis Fulda II hat sie ihr bestes Ergebnis mit 18,2%, in Darmstadt mit 8,8% eines ihres schlechtesten. Das schlechteste Ergebnis sind 5,7% in Frankfurt/M. V. In der Gemeinde Neuhoef erzielt die AfD mit 24,6% ihr bestes Gemeinde-Ergebnis, in einer Reihe weiterer Gemeinden erreicht sie mehr als 20 Prozent. Zweitstellige Ergebnisse mit einer zwei vorne sind kein ostdeutsches Phänomen mehr, sondern ebenso in westdeutschen Gemeinden möglich, wenn auch die Beweggründe für dieses Wahlverhalten unterschiedliche sein mögen.

Die Linke erzielt in den Städten Kassel (11,7%), Marburg (14,4%), Gießen (10,9%), Offenbach (10,9%), Frankfurt/M. (10,5%) und Darmstadt (11,0%) zweistellige Ergebnisse. Nach Wahlkreisen sortiert, liegen Frankfurt V (13,5%) und Frankfurt II (12,5%) vorne; 3,5% in Fulda II sind das schlechteste Ergebnis.

Die SPD zwischen 31,4% in Kassel-Land II und 11,7% in Fulda I.

Die Grünen erreichen ihr höchstes Zweitstimmenergebnis in Darmstadt-Stadt I mit 31,2% und mit 12,8% im Wahlkreis Lahn-Dill II ihr niedrigstes Resultat.

LTW18 HE: Vorläufiges Endergebnis in den 55 Wahlkreisen							
	Wahlbe- teiligung	Anteill an gültigen Landesstimmen					
		CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Hessen	67,3%	27,0%	19,8%	19,8%	6,3%	7,5%	13,1%
Kassel-Land I	67,8%	23,7%	29,2%	15,3%	5,3%	6,5%	13,0%
Kassel-Land II	68,3%	22,0%	31,4%	16,9%	5,7%	6,0%	12,8%
Kassel-Stadt I	68,9%	20,5%	20,5%	28,1%	11,0%	5,9%	9,0%
Kassel-Stadt II	55,3%	18,2%	22,6%	21,4%	12,5%	5,4%	12,8%
Waldeck-Frankenberg I	64,9%	30,4%	22,0%	16,7%	4,3%	8,6%	12,6%
Waldeck-Frankenberg II	63,3%	28,6%	22,8%	16,5%	4,6%	7,6%	14,5%
Schwalm-Eder I	70,6%	22,7%	29,1%	16,4%	4,8%	6,9%	12,7%
Schwalm-Eder II	67,2%	23,8%	26,1%	13,5%	4,4%	7,1%	16,7%
Eschwege-Witzenhausen	64,6%	24,6%	26,5%	17,1%	6,0%	5,7%	12,6%
Rotenburg	68,2%	27,1%	28,1%	12,8%	4,5%	5,6%	14,8%
Hersfeld	65,9%	26,1%	25,7%	12,6%	4,3%	6,8%	17,3%
Marburg-Biedenkopf I	68,4%	28,2%	23,9%	14,8%	6,0%	6,2%	14,7%
Marburg-Biedenkopf II	68,5%	25,1%	20,6%	21,1%	10,4%	6,1%	11,4%
Fulda I	65,7%	36,5%	11,7%	16,1%	4,6%	7,9%	16,8%
Fulda II	72,7%	37,1%	12,4%	14,7%	3,5%	7,5%	18,2%
Lahn-Dill I	59,9%	33,3%	20,2%	12,8%	4,1%	6,3%	16,0%
Lahn-Dill II	62,8%	27,9%	21,4%	16,6%	5,0%	6,6%	15,2%
Gießen I	68,2%	23,8%	20,7%	22,2%	8,9%	6,0%	11,1%
Gießen II	70,6%	28,3%	21,8%	16,7%	4,8%	6,3%	14,3%
Vogelsberg	68,5%	27,9%	22,8%	14,0%	4,9%	6,9%	16,0%
Limburg-Weilburg I	64,0%	33,7%	17,0%	15,7%	3,9%	8,9%	14,1%
Limburg-Weilburg II	65,8%	30,1%	21,8%	15,2%	4,2%	7,3%	14,2%
Hochtaunus I	71,5%	32,5%	14,4%	21,7%	4,8%	9,8%	11,6%
Hochtaunus II	74,0%	31,8%	14,0%	22,8%	4,4%	11,7%	10,5%
Wetterau I	71,4%	29,2%	17,2%	22,7%	5,2%	7,6%	11,4%
Wetterau II	65,1%	26,3%	20,5%	15,0%	4,5%	6,7%	17,4%
Wetterau III	67,8%	29,0%	19,1%	18,9%	4,8%	7,6%	13,1%
Rheingau-Taunus I	71,0%	31,5%	17,1%	20,6%	4,6%	8,3%	12,6%
Rheingau-Taunus II	73,1%	29,0%	17,0%	20,5%	5,4%	9,0%	13,2%
Wiesbaden I	64,6%	23,5%	16,8%	24,9%	9,2%	8,8%	11,6%
Wiesbaden II	66,0%	27,8%	18,7%	20,5%	6,0%	8,7%	12,9%
Main-Taunus I	73,8%	31,8%	14,6%	22,6%	4,4%	10,1%	11,2%
Main-Taunus II	71,2%	29,8%	16,2%	21,8%	5,5%	8,3%	12,0%
Frankfurt am Main I	55,0%	23,9%	20,6%	19,9%	9,0%	5,9%	13,9%
Frankfurt am Main II	64,4%	20,5%	19,3%	26,1%	12,5%	7,3%	8,7%
Frankfurt am Main III	64,8%	24,3%	16,6%	26,2%	9,9%	10,6%	7,9%
Frankfurt am Main IV	64,9%	24,4%	17,6%	26,4%	9,0%	8,9%	8,8%
Frankfurt am Main V	72,3%	18,7%	17,9%	32,7%	13,5%	7,3%	5,7%
Frankfurt am Main VI	64,7%	25,2%	19,1%	23,2%	8,5%	7,7%	10,5%
Main-Kinzig I	71,4%	26,9%	20,0%	18,0%	4,7%	7,0%	15,6%
Main-Kinzig II	62,1%	25,0%	19,0%	19,3%	5,8%	7,5%	15,8%
Main-Kinzig III	67,8%	27,7%	18,6%	16,2%	4,7%	6,7%	17,7%
Offenbach-Stadt	58,5%	21,8%	18,1%	23,2%	10,4%	6,5%	13,4%
Offenbach Land I	67,7%	27,2%	16,8%	23,6%	6,1%	8,3%	11,8%
Offenbach Land II	67,1%	29,3%	16,5%	20,0%	5,5%	7,3%	14,2%
Offenbach Land III	71,7%	29,7%	15,2%	20,3%	5,0%	9,2%	13,4%
Groß-Gerau I	62,3%	24,6%	21,5%	19,5%	6,8%	5,8%	14,9%
Groß-Gerau II	68,4%	25,4%	21,5%	19,6%	6,2%	6,4%	13,0%
Darmstadt-Stadt I	70,4%	17,9%	17,4%	31,2%	11,8%	6,6%	8,8%
Darmstadt-Stadt II	72,3%	22,9%	19,3%	26,5%	8,3%	7,1%	9,8%
Darmstadt-Dieburg I	69,5%	25,0%	20,9%	21,8%	6,0%	7,4%	12,2%
Darmstadt-Dieburg II	70,4%	28,1%	19,3%	20,0%	5,8%	7,2%	12,9%
Odenwald	66,5%	26,6%	22,7%	15,7%	6,2%	8,5%	14,5%
Bergstraße I	63,7%	29,1%	17,2%	19,8%	4,6%	8,0%	15,0%
Bergstraße II	68,0%	28,7%	17,2%	20,5%	4,9%	8,5%	13,8%

Erkenntnisse der Nachwahlbefragungen

Die Rolle der Bundespolitik

Das schlechte Erscheinungsbild der Bundesregierung - die von der CSU angezettelten Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik, das Hochfahren von eher kleinen Problemen, die persönlichen Anfeindungen, die mehrfach »unsichere oder unsichtbare Hand« der Kanzlerin sowie die offensichtliche Strategielosigkeit der SPD - haben den hessischen Wahlkampf direkt und indirekt überlagert. Die mit der Bundesregierung Unzufriedenen - 70% der Befragten in Hessen - kritisierten vor allem »den Umgang der Regierungsparteien miteinander« (38%) und die »sachpolitische Arbeit der Bundesregierung« (34%), nur 8% »die Personen«. Gelitten hat auch das Ansehen der Kanzlerin. Zwar sagen 74%: »Angela Merkel ist eine Politikerin, die unser Land in der Welt gut vertritt.« Gleichzeitig sagen aber nur 54%: »Angela Merkel ist eine gute Bundeskanzlerin.« und ein großer Teil von ihnen stimmte zusammen mit anderen der Aussage zu: »Die Zeit von Angela Merkel ist abgelaufen.« (71%). Das Land »gut« in der Welt zu vertreten, ist die eine Sache, eine andere: »Angela Merkel ist der Garant dafür, dass es uns trotz aller Krisen in der Welt gut geht.« Dem stimmten in Hessen 47% der Befragten zu, bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen 2017 waren es 70% - bei der Hessen-Wahl 2013 allerdings auch nur 53%. Aber nur noch 30% statt 44% der CDU-Wähler in Hessen meinten, dass Angela Merkel »das wichtigste Argument, die CDU zu wählen, ist«. (Infratest dimap).

Nicht zuletzt infolge der medial vermittelten Vermutungen über die bundespolitischen Auswirkungen - Wird die SPD die Koalition verlassen müssen? Kann Angela Merkel Parteivorsitzende und Kanzlerin bleiben? - haben dazu geführt, dass die Hälfte der befragten Wahlberechtigten am Ende sagte: »Die Landtagswahl ist eine gute Gelegenheit, um der Bundesregierung einen Denkzettel zu verpassen.« Am Wahltag stimmten 73% der abgewanderten CDU-Wähler und 53% der abgewanderten SPD-Wähler dieser Aussage zu (Infratest dimap). Selbst 35% der CDU-Wähler und 43% der SPD-Wähler teilten diese Auffassung. Es handelt sich hierbei als weniger um einen Hinweis auf die Motive für das Wahlverhalten, sondern um einen Einblick in die wahrgenommene politische Stimmung: 54% der Linke-Wähler schätzten die politische Stimmungslage so ein, dass die Wahl als gute Gelegenheit genutzt werden würde, unabhängig davon, ob man selbst von dieser Gelegenheit Gebrauch machen würde.

LTW18 HE: »Landtagswahl ist eine gute Gelegenheit, um der Bundesregierung einen Denkzettel zu verpassen.«		
	Ja	Nein
ALLE	50	48
Wähler von...		
CDU	35	63
SPD	43	56
Grüne	47	52
LINKE	54	37
FDP	58	42
AfD	87	13
Infratest dimap		

Beobachtet wird, dass die Bundesregierung »zu zerstritten (ist), um gemeinsam Politik zu machen« (86%), und sich die »GroKo-Politiker« »mehr um sich selbst als um die Probleme der Menschen« kümmern (79%). Bitter für beide ehemalige Volksparteien, vor allem aber für die SPD dürfte die Wahrnehmung von 80% sein: Die Bundesregierung »nimmt zu viel Rücksicht auf die Interessen der Industrie«. Und nur 5% waren zufrieden mit »den Anstrengungen bei der Nachrüstung älterer Diesel-Autos«, 85% unzufrieden. 34% der Befragten meinten, dass keine Partei die »Probleme mit den Dieselautos in den Griff« bekomme, 12% trauten das der CDU zu und 10% der SPD - aber 33% den Grünen.

Die Befragten in Hessen haben auch eine dezidierte Auffassung, welche Partei für ein besseres Regieren und bessere Lösungen sorgen können würde: Die Grünen. 70% fänden es gut, wenn sie in der Bundesregierung wären. Deutlich abgelehnt wird eine Bundesregierung unter

Beteiligung der Grünen nur von den AfD-Wählern (81%) in Hessen. Die Mehrheit der Wähler aller anderen Parteien fänden das gut, darunter auch fast drei Viertel der Linke-Wähler (Infratest dimap).

Rolle der Landespolitik

Die Zufriedenheit mit der schwarzgrünen Landesregierung war mit zuletzt 60% so hoch wie mit keiner Landesregierung seit 2003 (55%, 36% in 2008, 39% in 2009, 51% in 2013), wobei die Befragten am Ende des Wahlkampfes mit der Arbeit der Grünen (60%) zufriedener waren als mit der der CDU (46%). [Weitere Daten aus den Vorwahlbefragungen siehe im entsprechenden Abschnitt.] Die Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition erhielt mit 46% (FGW: 49%) die höchste »gut« Bewertung aller Optionen, eine CDU/SPD-Koalition lag mit 19% (FGW: 21%) »gut« deutlich hinter einer rot-grün-roten Koalition (25%) (FGW: 27%). 64% halten Volker Bouffier für einen guten Ministerpräsidenten, 51% Tarek Al-Wazir und immerhin 43% Thorsten Schäfer-Gümpel. (Infratest dimap). Anzeichen für eine ausgeprägte landespolitische Wechselstimmung lassen sich aus diesen Ergebnissen eben so wenig herleiten wie aus den Vorwahlbefragungen.

Erstmals stellte Infratest dimap die Frage: »Gibt es ein Thema, das eine besonders wichtige Rolle für Ihre Wahl spielte?« Darauf antworteten 56% mit Nein. Themen, die als besonders wichtig genannt wurden, waren: Flüchtlings- und Asylpolitik (6%), Wohnen/Mieten (6%), Diesellauffäre (6%) und Bildung (5%). (Infratest dimap)

LTW18 HE: »Gut, wenn Grüne in der Bundesregierung wären.«		
	Ja	Nein
ALLE	70	28
Wähler von...		
CDU	63	33
SPD	70	29
Grüne	98	2
LINKE	73	16
FDP	54	44
AfD	19	81

LTW18 HE: »Gibt es ein Thema, das eine besondere Rolle für Ihre Wahl spielte?«							
	Alle	Wähler der					
		CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Nein	56	65	58	53	49	53	46
Wenn ja, welches?							
Diesellauffäre	6	5		11			
Wohnen/Mieten	6	5	12		25		
Flüchtlings- und Asylpolitik	6	4			9	7	32
Bildung	5		9				
Umwelt- und Klimapolitik				14			
Streit in der Bundesregierung						8	6
Infratest dimap							

Das Erscheinungsbild der Bundesregierung spielte nur bei FDP- und AfD-Wähler eine besondere Rolle für die Wahlentscheidung. Bei den anderen genannten Themen stellt sich zunächst die Frage, inwieweit es als Thema der Bundes- oder Landespolitik betrachtet wurde. Sicherlich ist es bei der Diesellauffäre und der Flüchtlings- und Asylpolitik mit hoher Wahrscheinlichkeit der Fall.

Auffällig ist die große Rolle, die das Thema Mieten/Wohnen, aber auch die Flüchtlingspolitik für die Wahlentscheidung zu Gunsten der Linkspartei spielte.

Ansichten zu den Parteien

Parteikompetenzen

In welchen Politikfelder den Parteien von den Befragten besondere Kompetenzen zugeschrieben werden, hängt von einer Reihe von Faktoren ab: dem Image einer Partei, dem inhaltlichen Auftreten im Verhältnis zu anderen auf diesem Feld konkurrierenden Parteien, von dem Verhältnis der Partei zu (symbolischen) wichtigen Akteuren in diesem Feld (z.B.

gemeinsame Photos mit »Wirtschaftsführer« als Zeichen der Kompetenz-Wertschätzung) und natürlich auch von der Kommunikation der Partei. Kompetenzwerte sind mithin nicht als reine Urteile über die fachliche Kompetenz misszuverstehen.

In Hessen haben bei den Befragten sowohl CDU als Regierungspartei als auch die SPD als Oppositionspartei deutlich in ihren Kompetenzfeldern verloren, während die anderen drei Landtagsparteien und die AfD hinzugewonnen haben.

LTW18 HE: Parteikompetenzen Hessenwahl 2018, Veränderung zu Hessen-Wahl 2013												
	CDU		SPD		Grüne		Linke		FDP		AfD	
Wirtschaft	48	-7			6				8	4		
Kriminalitätsbekämpfung	44	-4			6						10	9
Bildungspolitik	26	-11	33	-5	12				7	4		
Verkehrspolitik	26	-12			28	15						
Umweltpolitik	5	-14			75							
Soziale Gerechtigkeit	13	-9	38	-8	15	8	14	6				
Familienpolitik			35	-5	19		6	2				
Bezahlbarer Wohnraum			34	-12			13	7				
Asyl- und Flüchtlingspolitik							6	3			10	9
Dieselproblematik lösen	12	10			33							

Neben der Fragestellung, auf welchen Feldern eine Partei kompetent ist, lässt sich fragen, welcher Partei am ehesten zugetraut wird ein Problem zu lösen.

LTW18 HE: Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, eine gute ...-Politik zu machen/ ein Problem mit ... zu lösen							
	keine	CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Asyl- und Flüchtlingspolitik		21	20	18			10
Dieselaautos	34	12	10	33			
Verkehrspolitik		26	17	28			
soziale Gerechtigkeit		13	38	15	14		
Antworten auf Zukunftsfragen	33	14	13	24			
Bemühen um sozialen Ausgleich			43		48		

Der regierenden Partei CDU wird in den abgefragten Feldern mit einer Ausnahme z.T. deutlich weniger zugetraut als dem kleineren Koalitionspartner. Die Grünen haben in der Verkehrspolitik und in Fragen der sozialen Gerechtigkeit deutlich an Ansehen hinzugewonnen und ihren Platz vor der Linkspartei behaupten können. Der Linken wird ein stärkeres Bemühen um sozialen Ausgleich attestiert als der Sozialdemokratie.

Ausgewählte Ansichten über die Parteien

CDU

Die häufigste Ansicht zur CDU lautet mit 73% Zustimmung: »Ist zu nah an den Interessen der Wirtschaft.« (CDU-Wähler: 57%!) gefolgt von: »Hat sich zu sehr auf die Flüchtlingspolitik konzentriert, andere Themen vernachlässigt.« (61%) (CDU-Wähler: 54%) Dass Hessen bei Volker Bouffier in guten Händen sei, finden 50% aller Befragten und 90% der CDU-Wähler.

Grüne

Die zu den Grünen abgefragten Aussage beziehen sich einerseits allgemein auf die Regierungstätigkeit in Hessen. Drei Viertel aller Befragten fänden eine Fortsetzung grüner Regierungsarbeit gut, etwa die Hälfte meint, die Partei habe zu viele ihrer ursprünglichen Ziele aufgegeben und ein Drittel, dass der CDU zu viele Zugeständnisse gemacht wurden. Gut 80% schätzen an den Grünen, wofür sie in den aktuellen gesellschaftspolitischen

Auseinandersetzungen stehen: für eine offene und tolerante Gesellschaft, zwei Drittel: für eine humane Asylpolitik sowie die Verteidigung von wichtigen Werten.

LTW18 HE: Ansichten über die Grünen	Alle	Wähler Grüne
»Ich finde es gut, dass sich sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen.«	81	100
»Ich finde es gut, wenn sie in Hessen weiter an der Regierung beteiligt wären.«	75	97
»Ich finde es gut, dass sie sich für eine humane Asylpolitik einsetzen.«	69	95
»Verteidigen Werte, die mir wichtig sind.«	65	99
»Haben zu viele ihrer ursprünglichen Ziele aufgegeben.«	52	
»Sind eine Partei für Leute, denen es gut geht.«	40	
»Haben in der Regierung zu viele Zugeständnisse an die CDU gemacht.«	36	
»Haben in der Regierung der hessischen Wirtschaft geschadet.«	16	

Infratest dimap

Die allgemeine Positionierung der Grünen als Verteidigerin gemeinsamer Grundhaltungen gegen das Rollback der AfD prägt die Ansichten und macht womöglich einen Großteil das aktuellen politischen »Gebrauchswerts« der Partei aus. Daran ändern auch von unterschiedlicher politischer Seite kommende Attacken nichts, wonach die Grünen eine Partei der kosmopolitischen Elite, der Globalisierungsgewinner, des neuen Bürgertums sei, deren Wahl man sich erstmal leisten können müsse. Aber immerhin 40% sehen in den Grünen eine Partei »für Leute, denen es gut geht«.

SPD

LTW18 HE: Ansichten über die SPD	Alle	Wähler SPD
»Ich fände es gut, wenn es mit der SPD künftig wieder aufwärts ginge.«	83	
»Ihr fehlt ein zentrales Thema, mit dem sie die Menschen begeistern kann.«	79	73
»Man weiß nicht, wofür sie eigentlich steht.«	64	
»Sollte die Große Koalition in Berlin verlassen und sich in der Opposition erneuern.«	63	
»Kümmert sich darum, dass das Leben der einfachen Leute besser und gerechter wird.«	44	81
»Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich.«	43	80
»Hat in der GroKo wichtige Veränderungen für die sozial Schwächeren durchgesetzt.«	39	
»Die Erneuerung kommt unter Andrea Nahles gut voran.«	13	18

Infratest dimap

Die Ansichten zur SPD halten für die Partei den Trost bereit, dass 80% ihr wieder bessere Zeiten wünschen. Einigkeit herrscht auch darüber, dass es der Partei an einem begeisternden zentralen Thema fehlt und die Erneuerung unter Andrea Nahles nicht so gut vorankommt. Deutliche Unterschiede in der Bewertung gibt es indes beim historischen Kernthema der SPD, der Verbesserung der Lebensverhältnisse der einfachen Leute.

Die Linke

Bei den Fragen zu Ansichten über die Linkspartei antworten die meisten immer noch, dass die Partei zwar keine Probleme löse, aber die Dinge beim Namen nennt (73%). Auch 69% der Wähler teilen diese Ansicht. 64% halten ihre Vorstellungen für unrealistisch und nicht finanzierbar. 35% aller Befragten und 91% der Wähler der Partei halten sie für eine gute Alternative »für alle, die sich bei der SPD nicht mehr aufgehoben fühlen. Eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei fänden 31% aller Befragten und 99% der Linke-Wähler gut.

AfD

Die Ansichten über die (hessische) AfD gleichen denen in den anderen Ländern sehr. Der Einfluss des Islam, die Zuwanderung und das Sicherheitsgefühl stellen die Fragesteller als

Ansicht zur Auswahl und finden bei AfD-Wählern fast geschlossene Zustimmung. Im Falle Hessens, woher wichtige AfD-Gründer und Protagonisten stammen, ist auch die Auffassung bedeutsam, dass die AfD von der CDU preisgegebene Positionen vertrete. Schließlich wird auch in Hessen die Frage nach der Distanz zu Rechtsextremen im üblichen Rahmen beantwortet: Auch eine Mehrheit der hessischen Wähler hält sie nicht für ausreichend und wählt die Partei trotzdem.

LTW18 HE: Ansichten über die AfD	Alle	Wähler AfD
»Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen.«	84	56
»Hat besser als andere Parteien verstanden, dass sich Viele nicht mehr sicher fühlen.«	44	
»Finde es gut, dass sie den Einfluss des Islam in Deutschland verringern will.«	34	97
»Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern stärker begrenzen will.«	31	99
»Tritt für Positionen ein, die früher die hessische CDU vertreten hat.«	24	72
»Ich wähle die AfD, damit die Regierung in der Asylpolitik ihren Kurs ändert.«		99

Infratest dimap

Wer wählte was?

Generell bewerteten die Hessen ihre eigene wirtschaftliche Situation weit überwiegend als gut. »*Meine wirtschaftliche Situation ist gut.*« sagten die Wähler der CDU zu 94%, der Grünen zu 90%, der FDP zu 90%, der SPD zu 86%, der AfD zu 77% und der Linkspartei zu 72%. Dieses Bild weicht insofern von dem vorheriger Landtagswahlen ab, als nicht die AfD-Wähler, sondern diejenigen der Linkspartei den höchsten Anteil mit der eigenen wirtschaftlichen Lage Unzufriedener hatten.

LTW18 HE Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen - Infratest dimap																	
	CDU			SPD			Grüne			FDP			LINKE			AfD	
	2009	2013	2018	2009	2013	2018	2009	2013	2018	2009	2013	2018	2009	2013	2018	2013	2018
ALLE	37%	38%	27%	24%	31%	20%	14%	11%	19,5%	16%	5%	8%	5%	5%	6%	4%	13%
Geschlecht																	
Frauen	37%	40%	28%	25%	31%	20%	16%	12%	22%	15%	4%	7%	4%	5%	6%	3%	9%
Männer	37%	37%	27%	22%	30%	19%	12%	10%	17%	17%	6%	8%	7%	6%	6%	5%	16%
Alter																	
18-24 Jahre	26%	30%	17%	28%	26%	15%	20%	14%	25%	12%	4%	11%	6%	7%	9%	5%	9%
25-34 Jahre	31%	35%	21%	20%	25%	14%	19%	13%	22%	18%	4%	9%	6%	7%	8%	5%	13%
35-44 Jahre	31%	37%	24%	21%	27%	15%	19%	14%	22%	17%	5%	8%	6%	6%	6%	4%	15%
45-59 Jahre	32%	35%	26%	24%	32%	18%	17%	14%	22%	17%	5%	8%	8%	6%	6%	5%	15%
60-69 Jahre		41%	29%		36%	25%		8%	17%		5%	6%		4%	6%	4%	13%
70 u. älter		51%	42%		33%	28%		4%	10%		7%	7%		2%	3%	2%	9%
Bildung																	
einfach	42%	41%	32%	30%	39%	26%	6%	4%	8%	14%	3%	6%	5%	5%	4%	3%	19%
mittel	42%	41%		24%	31%		11%	8%		16%	4%		5%	6%		5%	
hoch	32%	35%	25%	21%	27%	17%	20%	17%	26%	19%	7%	8%	6%	5%	7%	4%	10%
Beruf/Tätigkeit																	
Arbeiter	40%	35%	17%	25%	35%	22%	8%	5%	11%	13%	2%	8%	8%	8%	9%	6%	23%
Angestellte	33%	35%	25%	22%	30%	16%	19%	14%	24%	16%	4%	8%	6%	6%	6%	4%	13%
Beamte	25%	29%		31%	38%		18%	20%		12%	3%		8%	4%		2%	
Selbstständige	38%	44%	26%	13%	20%	11%	16%	15%	23%	29%	9%	15%	3%	4%	6%	5%	15%
Rentner	44%	47%	38%	27%	34%	28%	6%	5%	11%	16%	6%	5%	4%	3%	5%	3%	10%
Arbeitslose	19%	20%		34%	30%		9%	11%		14%	4%		18%	18%		4%	

Die Verluste von CDU und SPD sind in der Altersgruppe der 25-45jährigen am stärksten, bei der SPD auch noch bei 45-59jährigen, also insgesamt bei Wahlberechtigten im Erwerbsleben bzw. Erwerbsalter. Gleichzeitig sind in den beiden Altersgruppen über 35 bis 60 die Gewinne der AfD überdurchschnittlich, in der Gruppe der 25-35jährigen stärker als bei vorherigen Landtagswahlen. In diesen Altersgruppen gewinnen allerdings die Grünen am stärksten. Hohe Verluste haben CDU und SPD auch bei der schrumpfenden sozialen Statusgruppe der Arbeiter, in der sich beide Parteien mit 35% in 2009 auf gleicher Höhe bewegten. Nun ist unter Arbeitern die AfD mit 23% die stärkste Kraft. Stark zulegen konnte die AfD auch bei Wählern mit einfacher Bildung, stärker als in anderen Landtagswahlen auch bei Wählern mit höherer Bildung. Es bleibt aber dabei, dass sich Grüne und AfD hier diametral gegenüberstehen.

Jedenfalls konnten Grüne und Linke auch unter Wählern mit einfacher Bildung und Arbeitern hinzugewinnen, wenn auch in vergleichsweise bescheidenem Umfang.

Die Auswertungen der Forschungsgruppe Wahlen ergeben ein leicht abweichendes Bild. Ein Grund ist, dass hier nach dem Berufsstatus gefragt wird, den jemand hat oder im Falle eines Rentners im Erwerbsleben hatte. In dieser Kategorisierung liegen CDU und SPD bei Arbeitern mit jeweils 23% knapp für der AfD mit 22%.

LTW18 HE - Wahlverhalten soziale Gruppen (FGW)						
	CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
ALLE	27%	20%	19,5%	6%	7,5%	13%
Geschlecht						
Frauen	27%	21%	23%	6%	7%	9%
Männer	26%	19%	18%	7%	7%	16%
Alter						
18-29 Jahre	18%	15%	25%	10%	9%	10%
30-44 Jahre	23%	16%	22%	7%	7%	15%
45-59 Jahre	26%	18%	23%	6%	7%	15%
60 u. älter	35%	27%	14%	5%	6%	11%
Bildung						
Hauptschule	32%	29%	9%	4%	6%	16%
Mittlere Reife	28%	20%	15%	5%	7%	16%
Hochschulreife	23%	16%	27%	9%	7%	11%
Hochschule, Uni	25%	18%	29%	8%	8%	8%
Berufsgruppe						
Arbeiter	23%	23%	11%	7%	5%	22%
Angestellte	27%	19%	23%	6%	7%	11%
Beamte	28%	25%	21%	6%	6%	11%
Selbstständige	33%	12%	20%	6%	12%	13%

Gemeindegröße

LTW18 HE Wahlverhalten nach Gemeindegröße						
	CDU		SPD		Grüne	
	2018	2013	2018	2013	2018	2013
Landgemeinden	30	41	21	34	15	7
Kleinstädte	28	29	21	29	17	12
Mittelstädte	29	39	18	29	21	11
Großstädte	21	31	19	30	26	16

Infratest dimap

Die SPD verliert deutlich überdurchschnittlich in den Landgemeinden, die Grünen gewinnen überdurchschnittlich in den Mittelstädten und in den Großstädten.

Wählerwanderungen

Die vorläufigen Berechnungen und Schätzungen von Infratest dimap für die Wählerwanderungen ergeben in den Salden ein in der politischen Bewertung zunächst buntscheckiges Bild.

Die CDU gewinnt 27.000 Stimmen von der SPD, verliert um Umfang von jeweils gut 90.000 Stimmen an die AfD und an die Grünen. Knapp 40.000 CDU-Wähler entschieden sich für die FDP und 5.000 für die Linke. Knapp 60.000 blieben der Wahlurne fern.

Die SPD verlor in alle Richtungen, vor allem an die Grünen (101.000 - 33% der Verluste) und an die Nichtwähler (68.000 - 23%). An die AfD gingen 38.000 Stimmen (13%), in Linke und FDP 24.000 bzw. 23.000 Stimmen (7%). Anders ausgedrückt: 40% der Stimmverluste der SPD schlugen sich als Gewinne der beiden anderen Parteien im ehemaligen rotrotgrünen Lager nieder.

Die Stimmengewinne für die AfD kamen zu 40% von der CDU (94.000 Stimmen), 16% von der SPD (38.000), 1% von den Grünen (3.000), 6% von der Linken (15.000), 7% von der FDP (17.000), 9% von den Nichtwählern (21.000) und 19% von anderen Parteien.

Die Berechnungen der Forschungsgruppe Wahlen sehen etwas anders aus. Hier werden 100.000 Stimmen von der CDU errechnet (26% aller AfD-Stimmen, nicht nur der Gewinne), 50.000 von der SPD (14%), 70.000 von anderen Parteien (18%), etwas mehr von den

Nichtwählern und 90.000 Wiederwähler von 2013 (23%). Danach hätte die AfD nur rund 35.000 oder ein knappes Viertel ihrer Wähler von 2013 bei der aktuellen Wahl verloren, also weit über 70% halten können.

Erkenntnisse aus den Befragungen vor dem Wahltag und aus den Vorwahlen

Befragungen vor dem Wahltag

Die Ergebnisse der Befragungen zur politischen Stimmung (»Sonntagsfrage«) in den Wochen vor dem Wahltag folgten eher einem bundes- als landespolitischen Muster. Erst recht nach der Wahl zum Bayerischen Landtag, als zur prognostischen Gewissheit wurde, dass CDU und SPD gegenüber der Vorwahl deutlich an Stimmen verlieren (wobei vergessen war, dass die SPD in den Umfragen wieder auf dem Niveau von 2009 landete) und die Grünen gewinnen würden, nahmen die Spekulationen über die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin zu. Hessen würde, so die Auffassung in der medialen Öffentlichkeit, nicht nur über die nächste Landesregierung entscheiden, sondern auch über das politische Schicksal von Angela Merkel. Entsprechend wiesen die Parteien der Bundesregierung in ihren Wahlkampfauftritten in den letzten zwei Wochen verstärkt darauf, bei allem Ärger über die Bundesregierung doch bitte nicht zu vergessen, dass es bei der Wahl um »Hessen«, »die Heimat« gehe. Die Grünen warben mit dem politisch doppelbödigen, Slogan »Tarek statt GroKo«.

Die Vorwahlumfragen zeichneten ein differenziertes Bild zur Rolle von Bundes- und Landespolitik bei der Wahlentscheidung.

Die letzten Umfragen zeigten einen sehr offenen Wahlausgang - bei einem durchschnittlichen Anteil von 40% »Unentschlossenen«, d.h. befragten Wahlberechtigten, die nicht sagen konnten, ob sie überhaupt wählen würden und wenn ja, welche Partei, also bei einer sicheren stimmungsmäßigen Beteiligung von 60%. Mit CDU, SPD, Grünen, AfD, Linke und FDP würden sechs Parteien in den Landtag einziehen, eine erneute Mehrheit für CDU und Grüne erschien fraglich, so dass am Wahlabend verschiedene Koalitionskonstellationen möglich sein könnten: ein Bündnis von CDU, Grünen und FDP, von CDU und SPD, von SPD, Grünen und FDP und auch von SPD, Grünen und Linkspartei. Diese Offenheit versuchten in den letzten beiden Wochen alle Parteien außer der AfD für sich zu nutzen, in dem sie ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärten, für bestimmte Bündnisse »bereit zu stehen«. Für Wähler und Wählerinnen, denen die Zusammensetzung der nächsten Landesregierung am Herzen liegt, galt es eine Reihe von Optionen für eine taktische Wahlentscheidung abzuwägen.

Der offene Wahlausgang korrespondierte allerdings nicht mit einer echten Wechselstimmung. Die Zufriedenheitswerte mit der Landesregierung waren nahezu konstant hoch, Mitte Oktober waren 55% der Befragten mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden. Auch unter

LTW18 HE: Zufrieden mit der Arbeit der Landesregierung						
Die Anhänger von...	zufrieden			weniger/nicht zufrieden		
	Okt 2018	Sep 2018	Jan 2018	Okt 2018	Sep 2018	Jan 2018
CDU	93	86	83	6	11	16
FDP	72	62	55	26	38	43
Grüne	64	69	62	34	25	37
SPD	39	54	46	60	45	51
Linke	26	33	18	70	64	70
AfD	12	22	16	82	76	80

Quelle: Infratest dimap

den Anhängern der nicht an der Regierung beteiligten Parteien war sie mit Ausnahme der AfD-Anhänger relativ bzw. sehr (FDP) groß.

Ob die nächste Landesregierung von CDU oder SPD geführt werden sollte, entschieden Mitte Oktober die Befragten mit 44 zu 38 für die CDU, bei der Alternative CDU oder Grüne stand es nur 41 zu 40.

Auf die Frage »Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Hessen eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zur Beunruhigung geben?« äußerten im September 53% »eher Zuversicht« und 38% »eher Beunruhigung«. Am zuversichtlichsten waren die Anhänger der CDU (72%), gefolgt von Grünen und FDP (66% und 64%). 59% der SPD-Anhänger äußerten Zuversicht, 38% Beunruhigung. Auch eine Mehrheit der Linke-Anhänger (55%) war zuversichtlich, 30% beunruhigt. Allein bei der AfD waren 84% eher »beunruhigt«. Diese Stimmungslage passt nicht so ganz zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, die fast 90% als gut bewerteten.

Die Beunruhigung beim Blick in die Zukunft rührt eher aus anderen Quellen denn aus wirtschaftlichen. Die Fragestellung von Infratest zielte dementsprechend auf die gesellschaftspolitischen Debatten und Entwicklungen in Deutschland. Eine deutliche Mehrheit sorgt sich danach um eine weitere - soziale wie politische - Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft und vor der von recht(sextrem)en Kräften ausgehenden Verrohung der politischen Sitten.

LTW18 HE »Machen Sie sich ... Sorgen, dass ...«		
	sehr große/große	wenig/gar keine
»unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften.«	79	20
»unsere Demokratie durch Rechtsextremismus in Gefahr gerät.«	71	28
»der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.«	47	53
»die Kriminalität künftig massiv zunimmt.«	46	52
»wir einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache erleben werden.«	40	59
»zu viele Fremde nach Deutschland kommen.«	35	64

Quelle: Infratest dimap

Weit über die AfD-Anhängerschaft hinaus werden zweitens Sorgen geteilt, die die AfD polarisiert und politisch zuspitzt. Gleichwohl zählen die AfD-Themen nur begrenzt zu jenen, die vordringlich in Hessen gelöst werden sollten.

»Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Probleme in Hessen, die vordringlich gelöst werden müssen				
	Jan 2017	Jan 2018	Jun 2018	Sep 2018
Bildung / Schule / Ausbildung	27	41	35	40
Flüchtlinge / Einwanderung / Asylpolitik	45	30	37	29
Infrastruktur / Verkehr	14	22	18	22
Wohnen / Mieten	5	11	12	21
Soziale Ungerechtigkeit / Armut / HartzIV	9	15	9	9
Umweltschutz / Klimawandel	4	7	6	9
Rente / Alterssicherung			6	6
Innere Sicherheit / Kriminalität/Terror	13	7	6	6
Familienpolitik / Kinderbetreuung	7	8	9	6
Gesundheitswesen / Pflege	2	6	8	6
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	9	7		

Quelle: Infratest dimap, HessenTREnd für ARD/HR

Das Spitzenthema Flüchtlinge/Einwanderung/Asylpolitik wurde in den zurückliegenden einundeinhalb Jahren vom Themenkomplex Bildung, Schule und Ausbildung abgelöst. Auch Verkehrspolitik hat auch in Hessen mit wachsender Zahl der Berufspendler an Bedeutung

gewonnen, vor allem aber die Mieten- und Wohnungspolitik. Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt tauchen als wichtigstes Problem nicht mehr in nennenswertem Umfang auf.

Eine vergleichbare Problemsicht förderte auch die Befragung der Forschungsgruppe Wahlen Mitte Oktober zu tage. Übereinstimmend ermittelten beide Institute, dass etwa 60% ihre Wahlentscheidung aus landespolitischen Erwägungen treffen bzw. getroffen haben, gut 30% auf Grund der Bundespolitik und jedem Zehnten war beides gleich wichtig. Am stärksten landespolitisch orientiert zeigten sich mit 70% die Anhänger von CDU und SPD, gefolgt von 60% bei Grünen und Linkspartei und 50% bei der FDP. Nur 7% der AfD-Anhänger entschieden sich aus landespolitischen Gründen für die Partei, aber 72% aus bundespolitischen Gründen, jedem Fünften war beides gleich wichtig. Das Votum für die AfD war, im Gegensatz zu allen anderen Parteien, somit überwiegend ein offenes Votum gegen die Politik der Bundesregierung.

Blickt man auf die Themen, die die hessischen Bürgerinnen und Bürger gemäß den Umfrageergebnissen beschäftigten, so wird gleichwohl eine enge Verzahnung von bundes- und landespolitischen Themen erkennbar. Eine eindeutige Tendenz, den Ministerpräsidenten Volker Bouffier abzuwählen, zeigten die Vorwahlumfragen nicht, auch die Zufriedenheitswerte für die Landesregierung können keine massive Abkehr von Unions-Wählern erklären. In den gesellschafts- und flüchtlingspolitischen Auseinandersetzungen hatte sich Bouffier aber, gerade auch in Abgrenzung zu den CSU-Attacken, klar an der Seite der Kanzlerin platziert. Der Spitzenkandidat der SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel galt ebenfalls nicht als personifizierte Erneuerung, sondern Vertreter der Befürworter der Koalition mit CDU und CSU.

Bedenkenswerte Aspekte der Vorwahl-Ergebnisse

Wahlbeteiligung und Wahlkreis-Ergebnis 2013

Die letzte Landtagswahl fand am 22. September 2013 zusammen mit der Bundestagswahl statt. Die Wahlbeteiligung lag daher bei der Landtagswahl mit 73,2% deutlich höher als bei den drei vorherigen Landtagswahlen (2003: 64,6%; 2008: 64,3%; 2009: 61,0%).

Die niedrigste Wahlbeteiligung 2013 meldete der Wahlkreis Stadt Offenbach mit 65,6%, die höchste Wahlbeteiligung mit 78,5% und 79,9% gab es in beiden Hochtaunuskreis-Wahlkreisen, der politischen Einheit mit dem höchsten Pro-Kopf-Haushaltseinkommen im Land Hessen. Bei früheren Landtagswahlen, beispielweise bei der Landtagswahl 2008, war die Differenz zwischen höchster und niedrigster Wahlbeteiligung größer. 2008 beteiligten sich in Offenbach-Stadt 56,9% der Wahlberechtigten, im Hochtaunuskreis hingegen 72,9%. Die niedrigste Wahlbeteiligung gab es 2008 im Wahlkreis Kassel-Stadt I mit 52,0%.

Im Laufe der zurückliegenden drei Jahrzehnte hatten sich zwei Tendenzen verfestigt, nämlich dass erstens generell Landtagswahlen weniger wichtig genommen werden als Bundestagswahlen und dass zweitens in Wahlkreisen mit niedrigeren Durchschnittseinkommen, höherer Arbeitslosigkeit und höherem Anteil nicht wahlberechtigter Einwohner diese Tendenz stärker ausfällt. Bei den Landtagswahlen 2016 konnte erstmals eine Gegenbewegung beobachtet werden.

Bei der Beurteilung der aktuellen Wahlbeteiligung wird beides zu berücksichtigen sein:

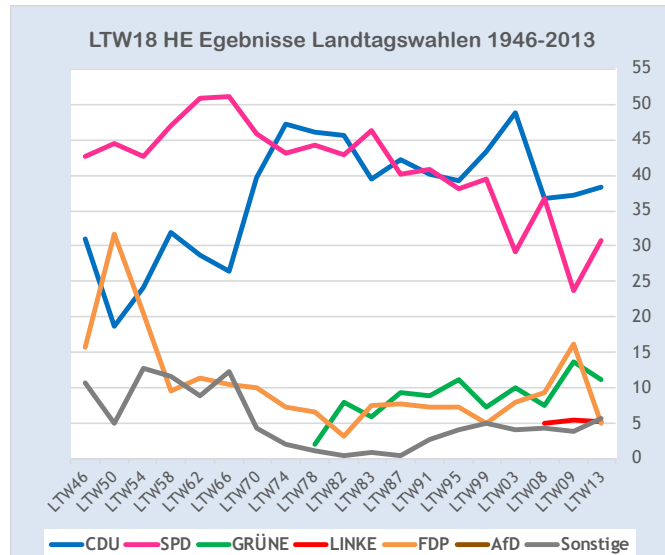
- ob und ggf. um wie viel die Mobilisierung niedriger ausfällt gegenüber der für eine Landtagswahl zur damaligen Zeit außerordentlichen Beteiligung 2013;
- welche Unterschiede dabei zwischen den Wahlkreisen erkennbar sind.

Bei der Wahl 2013 waren zudem bemerkenswerte Unterscheidungen der Wählerinnen und Wähler zwischen den beiden institutionellen Ebenen zu beobachten. Sie erhielt die SPD einen

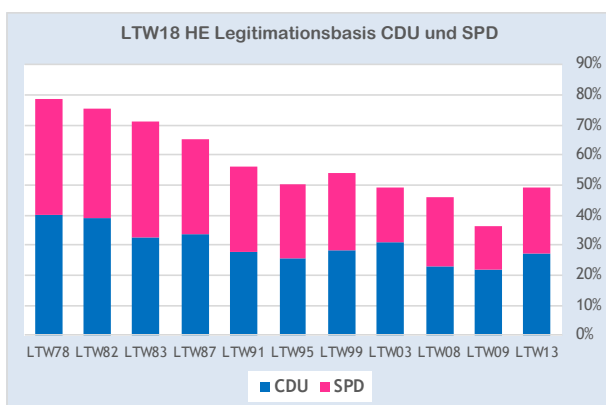
um 1,9 Prozentpunkte höheren Zweitstimmenanteil bei der Landtagswahl als bei der Bundestagswahl, bei den Grünen betrug der Unterschied 1,6 Prozentpunkte. CDU, FDP und Linke erhielten bei der Landtagswahl bis zu 0,9 Prozentpunkte weniger. Die AfD erzielte 5,6% bei der Bundestagswahl und zeitgleich 4,1% bei der Landtagswahl.

Stimmen für die »Volksparteien« CDU und SPD

Der Rückblick auf die Ergebnisse der vorhergehenden Landtagswahlen zeigt bis Anfang der 1980er Jahre, wie es der CDU gelingt, die Wählerpotentiale kleinerer Parteien und der FDP für sich zu gewinnen und die Sozialdemokratie als stärkste Kraft abzulösen. Seit Ende der 1980er Jahre verliert die SPD kontinuierlich an Stimmenanteilen, zuletzt in heftigen Schwankungen, die bereits nicht mehr ins Bild einer über den Tag hinaus verbindenden Volkspartei passen. Zunächst, bei der Landtagswahl 2003, profitiert die CDU von der schwindenden »(ideologischen) Klammerkraft« der SPD, anschließend wird aber deutlich, dass die Wähler und Wählerinnen auch die bereits im Landtag etablierten Parteien FDP und Grüne (im Falle der FDP: wieder als (wahltaktische) Alternativen entdecken.



Indes verstellt der Blick auf die Verteilung der gültigen Stimmen, dass die »Erosion der Volksparteien« bereits viel früher einsetzte. Bereinigt man die Wahlergebnisse um die Wahlbeteiligung, ergibt sich ein näher an der tatsächlichen Reichweite und Repräsentativität der »Volksparteien« liegendes Bild.



Bei der Landtagswahl 1978 beteiligten sich 87,7% der Wahlberechtigten, der höchste jemals bei einer hessischen Landtagswahl erreichte Wert. Die CDU erhielt die Stimmen von 44% der Wahlberechtigten, die SPD von 38,5%, zusammen repräsentierten die beiden Parteien fast vier von fünf Wahlberechtigten. Nicht einmal zwanzig Jahre später, bei der Landtagswahl 1995, waren es zusammen gerade noch die Hälfte der Wahlberechtigten. Bei der Landtagswahl 2008 erhielten CDU und SPD die Stimmen von jeweils etwa 23% der Wahlberechtigten, ein Jahr später, bei der Landtagswahl 2009 erreicht die SPD nur noch 14% der Wahlberechtigten, SPD und CDU zusammen nur noch gut ein Drittel. Ein wichtiger Grund dafür war der sensationelle Wahlerfolg der FDP auch bei der Landtagswahl. Die wieder höheren Werte bei der Landtagswahl 2013 gehen auf die gestiegene Wahlbeteiligung und die verheerende Niederlage der FDP zurück.

Versteht man unter einer »Volkspartei« eine Partei, der es gelingt, große, unterschiedliche soziale Wählerschichten und Interessenlagen durch eine ideologische Klammer mobilisierend zu verbinden, so haben sowohl CDU und SPD bereits in den 1990er Jahren diese Fähigkeit zu einem sehr erheblichen Teil verloren. Es gelang ihnen immer weniger, Wahlberechtigte von den Vorteilen und der Notwendigkeit, eine Entscheidung zu fällen, zu überzeugen,

gleichzeitig wuchs der Anteil der Wahlberechtigten, der Alternativen zu den beiden politischen Blöcken suchte, deren Bindungen an eine der beiden Parteien immer lockerer wurden.

Bisherige Wahlergebnisse für die AfD in Hessen

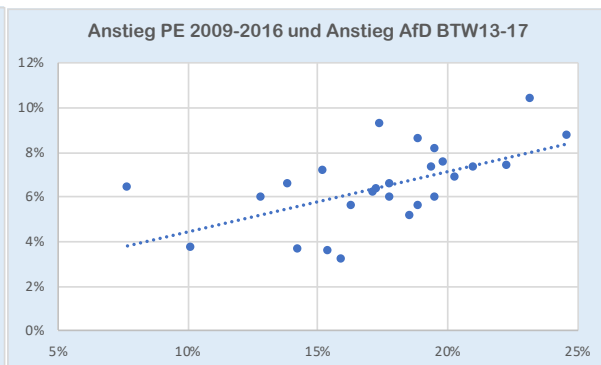
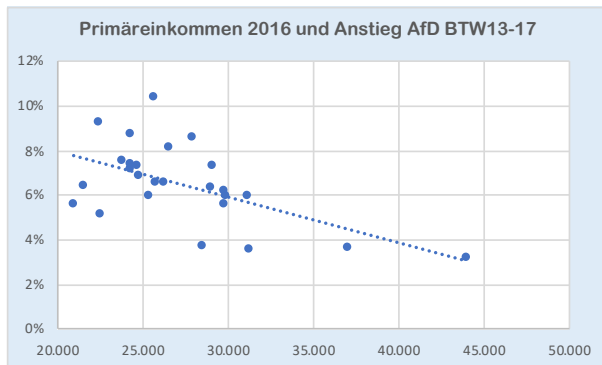
Die Hessische Landtagswahl 2018 ist die erste Landtagswahl, bei der die AfD zum zweiten Mal antritt. 2013 scheiterte sie mit 4,1% der Stimmen an der Sperrklausel, obwohl sie bei der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl 5,6% der Zweitstimmen erreichte. 2013 folgten die Ergebnisse der AfD der Tendenz, überall dort besser auszufallen, wo auch die CDU besser abschnitt, aber schlechter dort, wo SPD und LINKE bessere Ergebnisse erzielten. Dieses Bild entspricht dem liberal-konservativen Gründungsimpuls der so titulierten »Professoren-Partei«.

LTW18 HE Bundestagswahlen AfD-Zweitstimmen in Städten und Landkreisen			
	BTW13	BTW17	Gewinne
Darmstadt, Stadt	4,7%	8,4%	3,7%
Frankfurt/M., Stadt	5,1%	8,6%	3,5%
Offenbach, Stadt	5,6%	12,0%	6,4%
Wiesbaden, Stadt	5,1%	11,2%	6,2%
LK Bergstraße	5,6%	12,9%	7,3%
LK Darmstadt-Dieburg	5,5%	11,1%	5,6%
LK Groß-Gerau	5,6%	12,2%	6,5%
Hochtaunuskreis	7,1%	10,2%	3,1%
Main-Kinzig-Kreis	6,2%	14,7%	8,6%
Main-Taunus-Kreis	6,9%	10,6%	3,6%
Odenwaldkreis	5,8%	13,1%	7,3%
LK Offenbach	6,0%	11,9%	6,0%
Rheingau-Taunus-Kreis	5,7%	11,6%	5,9%
Wetteraukreis	6,0%	12,3%	6,3%
LK Gießen	5,0%	12,1%	7,1%
Lahn-Dill-Kreis	5,8%	13,9%	8,1%
LK Limburg-Weilburg	6,2%	12,7%	6,5%
LK Marburg-Biedenkopf	4,6%	11,5%	6,9%
Vogelsbergkreis	5,4%	14,1%	8,7%
Kassel, Stadt	4,8%	9,9%	5,1%
LK Fulda	5,8%	16,2%	10,4%
LK Hersfeld-Rotenburg	5,5%	14,7%	9,2%
LK Kassel	5,4%	11,3%	6,0%
Schwalm-Eder-Kreis	5,5%	12,9%	7,4%
LK Waldeck-Frankenberg	4,9%	12,4%	7,5%
Werra-Meißner-Kreis	5,7%	11,2%	5,6%
Hessen	5,6%	11,9%	6,3%

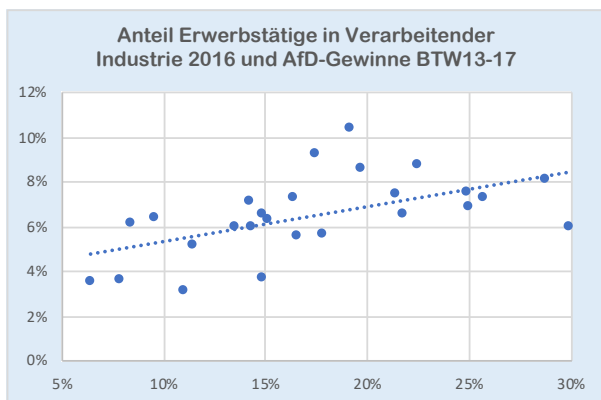
Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die AfD in Hessen mit 11,9% einen doppelt so hohen Stimmenanteil wie 2013. Die Spannweite der Ergebnisse reicht von 8,4% in der Stadt Darmstadt bis zu 16,2% im Landkreis Fulda. Im Hochtaunuskreis, dem Landkreis mit dem mit Abstand höchstem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, erreichte die AfD 2013 mit 7,1% der Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis aller hessischen Landkreise und kreisfreien Städte, in 2017 mit 3,1% aber ihren niedrigsten Zugewinn. Mit 10,4% gewann sie 2017 am stärksten im Landkreis Fulda. Die AfD gewann 2017 um so mehr als die CDU an Stimmenanteilen verliert. Bei den Stimmenverlusten der SPD gilt die umgekehrte Tendenz: Je höher sie sind, desto geringer fallen die Zuwächse der AfD aus. Wo die Linke stärker zulegt, gewinnt die AfD weniger. Diese Tendenzen spiegeln ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. In den Städten gewinnt die AfD unterdurchschnittlich, obwohl die CDU eher durchschnittlich und die SPD überdurchschnittlich verliert. In den Städten gewinnt aber zugleich die Linkspartei überdurchschnittlich hinzu. Auch profitiert die FDP von Stimmenverlusten nicht nur der CDU, sondern auch der SPD.

Ein interessanter Aspekt der AfD-Erfolge in Hessen zeigt sich, wenn man die Gewinne der Bundestagswahl 2017 in Beziehung setzt zu den Primäreinkommen (Markteinkommen aus Löhnen, Gehälter, Vermögenseinkommen) der privaten Haushalte je Einwohner (siehe Kapital Sozialstruktur-Daten).

Je höher das Durchschnittseinkommen ausfällt, desto geringer fällt in der Tendenz der Stimmengewinn für die AfD aus. Die AfD gewann also in den Landkreisen und Städten stärker, in denen die Durchschnittseinkommen niedriger liegen. Allerdings kann daraus nicht geschlossen werden, dass die AfD dort gewinnt, wo die Ungleichheit wächst. Sie gewinnt vielmehr



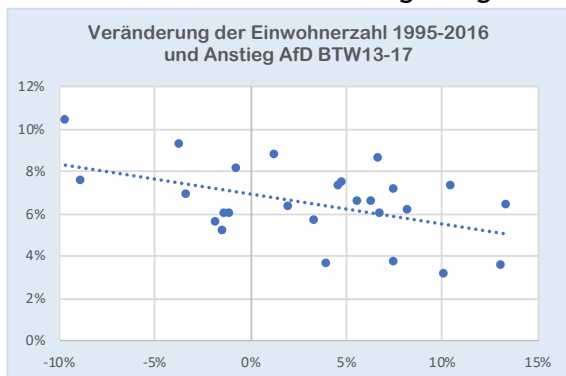
dort stärker, wo auch die Markteinkommen von 2009 bis 2016 stärker gewachsen sind. Dieser Zusammenhang gilt auch, wenn man die Einkommenszuwächse seit 2000 bis 2016 betrachtet.



Wie bereits im Wahlbericht zur Landtagswahl in Bayern dargestellt, besteht auch in Hessen ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen dem Anteil der Erwerbstätigen in der Verarbeitenden Industrie und dem Stimmenanteil bzw. den Stimmenzuwächsen der AfD. Je bedeutender der industrielle Sektor für die Erwerbstätigkeit, desto höher die AfD-Gewinne. Dies gilt unabhängig davon, wie stark in den zurückliegenden Jahren die Erwerbstätigkeit in der Verarbeitenden Industrie Hessen zurückging.

Ein negativer Zusammenhang besteht zwischen dem Ausbau des Humandienstleistungssektors und AfD-Gewinnen. Wo dieser Wirtschaftszweig stärker wächst, gewinnt die AfD schwächer.

Neben dem Wandel der Erwerbstätigkeit werden die Sozialräume des alltäglichen Lebens und Erfahrens mittel- und langfristig durch Zu- oder Abwanderung geprägt. Auch hier zeigt die Statistik eine Tendenz: Je stärker die Einwohnerzahl in den zurückliegenden Jahren gewachsen ist, desto niedriger fallen die AfD-Gewinne in Hessen bei der Bundestagswahl 2017 aus.



Hoch sind sie dort, wo die Einwohnerzahl stark zurückgeht. Nimmt man allerdings die kreisfreien Städte aus der Betrachtung heraus, so zeigt sich diese Tendenz für die Landkreise nicht mehr. Offensichtlich spielt der Stadt-Land-Unterschied die entscheidendere Rolle.

Hintergrund: Daten zur sozio-ökonomischen Struktur und Entwicklung in Hessen



Das Land Hessen zählt rund 6,2 Mio. Einwohner. Das politische Territorium unterteilt sich in drei Regierungsbezirke (Darmstadt, Gießen, Kassel) und in 21 Landkreise und fünf kreisfreie Städte (Frankfurt/M., Darmstadt, Offenbach, Wiesbaden, Kassel). Der Regierungsbezirk Gießen ist mit rund 1,05 Mio. Einwohnern und fünf Landkreisen die kleinste mittlere Einheit. Der Regierungsbezirk Kassel zählt 1,26 Mio. Einwohner in sechs Landkreisen und der kreisfreien Stadt Kassel. Der Regierungsbezirk Darmstadt mit rund 3,94 Mio. Einwohnern fast doppelt so groß wie die beiden anderen Bezirke zusammen.

Wahlkreise

Zum Regierungsbezirk Kassel gehören die 13 Wahlkreise mit den Nummern 1-15 mit Ausnahme der Wahlkreise 12 und 13 (Marburg-Biedenkopf). Sie gehören zusammen mit den Wahlkreisen 16 bis 22 zum Regierungsbezirk Gießen. Die Wahlkreise 23-55 gehören zum Regierungsbezirk Darmstadt.

Die Wahlkreise 3 und 4 (Stadt Kassel), 30 und 31 (Stadt Wiesbaden), 34-39 (Stadt Frankfurt/M.) sowie 49 und 50 (Stadt Darmstadt) gehören jeweils zu einer größeren Stadt. Die Größe der Wahlkreise variiert erheblich. Mit gut 60.000 Wahlberechtigten unter den nichtstädtischen Wahlkreisen Eschwege-Witzhausen, Rotenburg und Hersfeld die kleinsten, mit knapp 100.000 Wahlberechtigten die beiden Wahlkreise Main-Kinzig die größten.

Sehr unterschiedlich fällt auch das Verhältnis von Wahlberechtigten (Inhaber und Inhaberinnen eines deutschen Passes mit dem Mindestalter 18 Jahre) und Einwohnern (Wahlberechtigte plus Einwohner ohne deutschen Pass plus Kinder und Jugendliche) aus. Im Landesdurchschnitt kommen auf 1.000 Einwohner 704 Wahlberechtigte. Im Wahlkreis Vogelsberg sind es mit 795 die meisten, im Wahlkreis Offenbach-Stadt mit 523 die wenigsten. Entscheidend für diese Unterschiede ist vor allem der Anteil von Einwohnern ohne deutschen Pass. Im Landesdurchschnitt sind es 151 Menschen ohne deutschen Pass auf 1.000 Einwohner, in einigen ländlichen Wahlkreisen in Mittelhessen mit gut 60 weniger als die Hälfte, in der Stadt Offenbach mit 339 mit deutlichem Abstand die meisten

Die Altersstruktur der Wahlberechtigten fällt in den einzelnen Wahlkreisen ebenfalls sehr unterschiedlich aus. Unter 1.000 Wahlberechtigten sind in Hessen 228 zwischen 18 und 35

Jahren alt. Im Wahlkreis Gießen I mit der Universitätsstadt Gießen sind es mit 351 die meisten, im Wahlkreis Hochtaunus II mit 177 die wenigsten. In den anderen Altersgruppen stellt der Wahlkreis Gießen I die wenigsten Wahlberechtigten auf jeweils 1.000. In der Gruppe der 35-60jährigen liegt der Landesdurchschnitt bei 424, im Wahlkreis Wetterau I mit 455 am höchsten. Der Anteil der 60jährigen und Älteren beträgt im Landesdurchschnitt 348 auf 1.000, im Wahlkreis Eschwege-Witzenhausen 396 auf 1.000 Wahlberechtigte.

LTW18 HE Ausgewählte Strukturdaten der Wahlkreise											
Landtagswahlkreis	WK-Nr.	Unter je 1000 Einwohner sind							Von 1000 Wahlberechtigten sind		
		Nicht-Deutsche	Wahlberechtigte	Beschäftigte	Arbeitslose	SGBII-Empf.	Zugezogene	Fortgezogene	unter 35	35-60	über 60
Hessen		151	704	386	24	70	91	84	228	424	348
Kassel-Land I	1	66	791	374	22	52	98	91	189	425	386
Kassel-Land II	2	67	788	394	18	45	79	69	190	421	389
Kassel-Stadt I und II	3+4	163	705	360	39	124	92	86	291	382	327
Waldeck-Frankenberg I	5	83	771	415	19	50	70	62	199	426	375
Waldeck-Frankenberg II	6	73	775	384	19	49	67	62	206	429	365
Schwalm-Eder I	7	68	783	396	17	43	85	73	205	433	362
Schwalm-Eder II	8	63	795	378	20	52	77	70	200	427	373
Eschwege-Witzenhausen	9	71	794	344	26	74	86	74	195	409	396
Rotenburg	10	70	788	339	21	48	84	78	192	420	389
Hersfeld	11	75	778	376	20	47	75	74	197	420	382
Marburg-Biedenkopf I	12	74	769	395	15	43	63	61	209	440	351
Marburg-Biedenkopf II	13	130	734	362	23	66	129	128	323	375	301
Fulda I	14	109	737	409	19	61	94	88	251	409	340
Fulda II	15	52	787	396	11	27	71	66	224	434	343
Lahn-Dill I	16	92	755	383	22	50	64	61	218	428	354
Lahn-Dill II	17	109	745	373	33	87	80	70	215	423	362
Gießen I	18	150	726	360	33	97	292	275	351	360	290
Gießen II	19	73	775	390	22	59	87	82	223	433	345
Vogelsberg	20	66	795	352	19	44	63	62	191	427	381
Limburg-Weilburg I	21	128	722	364	25	81	100	93	218	427	356
Limburg-Weilburg II	22	86	765	371	19	48	87	86	206	437	357
Hochtaunus I	23	149	696	371	19	52	79	69	183	436	381
Hochtaunus II	24	154	689	360	14	43	88	81	177	448	375
Wetterau I	25	137	706	398	21	48	97	86	210	455	335
Wetterau II	26	99	755	382	23	56	86	80	204	436	360
Wetterau III	27	110	743	377	20	55	80	70	214	431	355
Rheingau-Taunus I	28	123	737	334	22	55	89	80	189	432	379
Rheingau-Taunus II	29	105	741	407	20	48	80	66	193	444	363
Wiesbaden I und II	30+31	182	668	384	38	116	71	68	243	415	342
Main-Taunus I	32	166	676	392	16	43	94	83	185	448	367
Main-Taunus II	33	140	704	406	19	53	83	71	205	449	346
Frankfurt am Main I - VI	34-39	282	583	403	29	99	94	93	287	427	286
Main-Kinzig I	40	93	759	413	14	39	71	64	200	443	357
Main-Kinzig II	41	227	623	374	34	94	107	86	224	422	354
Main-Kinzig III	42	95	765	385	16	45	75	68	204	425	371
Offenbach-Stadt	43	339	523	410	52	142	113	109	267	395	337
Offenbach Land I	44	192	663	396	24	65	94	88	211	427	362
Offenbach Land II	45	219	630	390	25	78	87	82	211	410	378
Offenbach Land III	46	132	719	397	19	49	77	67	202	444	354
Groß-Gerau I	47	250	599	401	30	93	89	76	241	417	342
Groß-Gerau II	48	164	687	410	21	63	86	78	215	443	342
Darmstadt-Stadt I und II	49+50	171	689	383	27	84	102	90	298	390	312
Darmstadt-Dieburg I	51	149	699	400	24	53	94	87	212	436	352
Darmstadt-Dieburg II	52	129	721	396	25	57	91	84	214	439	346
Odenwald	53	125	733	377	23	55	79	81	200	413	387
Bergstraße I	54	138	719	405	21	60	77	68	208	430	362
Bergstraße II	55	107	751	365	18	51	75	69	196	433	371

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort am 30. Juni 2017
 Arbeitslose nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Juni 2018
 SGBII-Beziehende (Regelleistungen) im März 2018
 Quelle: Landeswahlleiter (abgerufen: 25.10.2018)

Die offizielle Arbeitslosenquote in Hessen lag im Juni 2018 bei 4,5%. Im Wahlkreis Fulda II war sie mit 1,9% am niedrigsten, im Wahlkreis Offenbach-Stadt mit 9,0% am höchsten. Generell haben die Städte Kassel, Gießen, Offenbach, Wiesbaden und Frankfurt/M. sowie die Wahlkreise Main-Kinzig II (mit Hanau) und Groß-Gerau I (mit Rüsselsheim) eine markant überdurchschnittliche Arbeitslosenzahl und vor allem auch eine deutlich über die dem Landesdurchschnitt liegende Quote von SGBII-Beziehenden. Gleichzeitig sind diese Städte in der Regel auch Beschäftigten-Zentren, Ziel von Berufspendlern: Sie haben einen höheren Anteil von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Wohnort.

Landkreise und kreisfreie Städte

Mit Blick auf die Entwicklung der Einwohnerzahl in den vergangenen zwanzig Jahren lassen sich drei Perioden für das Land unterscheiden: bis Anfang der 2000er Jahre steigt die Einwohnerzahl leicht an, bis 2009 sinkt sie wieder etwa auf den Stand von 1995, um danach wieder anzusteigen. 2016 wies die amtliche Statistik eine um 3,7% höhere Einwohnerzahl aus als 1995. Dieser Zuwachs fand mit Ausnahme des Landkreises Gießen ausschließlich im Regierungsbezirk Darmstadt statt, und hier vor allem in den Städten Darmstadt, Frankfurt/M., Offenbach, in den Landkreisen Groß-Gerau und Main-Taunus mit jeweils einem Zuwachs von über 10%. Vor allem ab 2009/2010 fand dieses Wachstum statt. Die anderen beiden Regierungsbezirke hatten, nach zwischenzeitlichen Rückgängen bis 2008, in 2016 etwa die gleiche Einwohnerzahl wie 1995. Im Regierungsbezirk Kassel war dies allerdings nur dank der Städte Kassel und Fulda der Fall. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg lag die Einwohnerzahl 2016 um rund 10% unter derjenigen von 1995, im Landkreis Werra-Meißner sogar um 15%. Schließlich zählt auch der Landkreis Vogelsberg mit einem Rückgang von ebenfalls einem Zehntel zu den »**schrumpfenden Regionen**«. Urbanisierung zählt auch in Hessen zu einem polarisierenden, langfristigen Hintergrund von Alltagserfahrungen. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass der Rückgang in den ländlicheren Regionen etwa ab 2010 eher zum Stillstand gekommen ist.

Einkommen der privaten Haushalte

Die durchschnittlichen Markteinkommen der privaten Haushalte je Einwohner schwankten im Jahr 2000 zwischen 15.492 Euro in der kreisfreien Stadt Kassel und 37.250 Euro im Hochtaunuskreis - dem »Starnberg« Hessens. Mit knapp 22.000 Euro lag der arithmetische Landesdurchschnitt deutlich über dem Medianwert von knapp 19.000 Euro - in der Tat wurde der höhere Durchschnitt von einigen Gebieten um Darmstadt-Frankfurt-Wiesbaden bestimmt. Das höchste Durchschnittseinkommen lag um den Faktor 2,4 über dem niedrigsten. Im Jahr 2016 hatte sich der Abstand bei den durchschnittlichen Markteinkommen auf den Faktor 2,1 verringert (zum Vergleich Bayern: von 2,7 auf 2,5). Nunmehr bildete der Werra-Meißner Kreis mit 20.984 Euro je Einwohner das Schlusslicht, der Hochtaunuskreis lag weiterhin mit knapp 44.000 Euro an der Spitze, gefolgt vom Main-Taunus-Kreis mit 37.079 und der Stadt Frankfurt mit 31.246 Euro. Der Abstand zwischen Durchschnitt (28.290 Euro) und Median 26.000 Euro hatte sich leicht verringert.

Bezüglich der Markteinkommen: Löhne, Gehälter, Vermögenseinkommen; hatte sich die Ungleichheit zwischen den politischen Einheiten verringert. Diese leichte Annäherung fand vor allem in den Jahren nach der Krise 2008/2009 statt. Von 2000 bis 2007 stiegen die Markteinkommen um 12,9%, in der Spitze um 24% in Darmstadt, am Ende nur um 5,3% in Offenbach. In den Jahren 2009 bis 2016 betrug das landesweite Wachstum der Markteinkommen 17,3% mit einer Schwankungsbreite von 7,7% in Offenbach und 24,6% im Vogelsbergkreis - in beiden Fällen ein durch die gegenläufige Entwicklung der Einwohnerzahl verzerrtes Ergebnis.

Die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte - Markteinkommen abzüglich Steuern und Sozialabgaben zuzüglich Sozialtransfer - wiesen im Jahr 2000 eine Spannweite von 14.191 Euro in Kassel und 25.892 Euro im Hochtaunuskreis auf. Das Maximum lag um den Faktor 1,82 über dem Minimum. Im Jahr 2016 war er leicht auf 1,79 gesunken. Auch hier sei zum Vergleich auf Bayern hingewiesen, wo die Einkommensungleichheit zwischen den politischen Bezirken mit 2,24 in 2000 und 1,82 in 2016 größer war, aber stärker abgenommen hatte.

Im Gegensatz zu den Markteinkommen stiegen die Verfügbaren Einkommen in Hessen von 2000 bis 2007 mit 16,5% etwas stärker als von 2009 bis 2016 (+15,1%). In beiden Perioden fielen die Zuwächse sehr unterschiedlich aus - vor der Finanz- und Wirtschaftskrise zwischen 11,2% im Landkreis Offenbach und 28,2% in Darmstadt, von 2009 bis 2016 zwischen 2,8% in der Stadt Offenbach und 23,9% im Vogelsbergkreis. Beide Gebiete gehörten zu denen, in denen der Anteil des Verfügbaren Einkommens am Markteinkommen über dem Landesdurchschnitt lag, also Besteuerung und Abgaben einerseits relativ niedriger, Sozialtransfer andererseits möglicherweise höher als im Durchschnitt ausfielen.

Bruttoinlandsprodukt

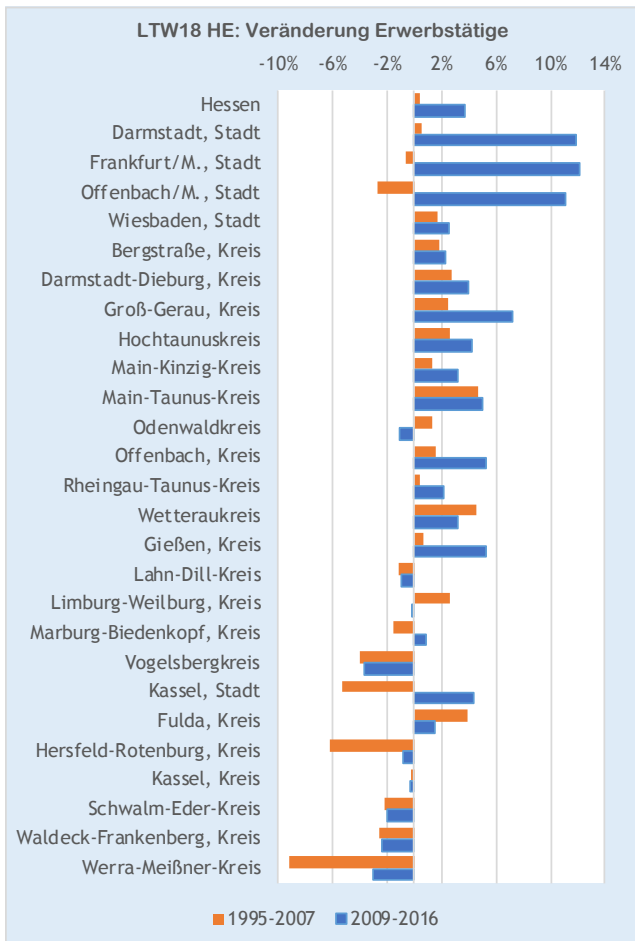
Im Land Hessen wurden 1995 9,0% des bundesdeutschen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, im Jahr 2000 waren es 9,2% und 2007 dann 9,1%. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 bildete einen Einschnitt. 2009 betrug Hessens Anteil 8,9% und 2016 nur noch 8,6%. Hessen bleibt zwar Nettozahler im Finanzausgleich, zählt aber nicht zu den Gewinnern der wirtschaftlichen Wachstumsentwicklung nach der Krise.

Die wirtschaftlichen Gewichte der Regierungsbezirke haben sich währenddessen leicht verschoben. Mit 71,8% des hessischen BIPs wurde 2016 der Regierungsbezirk Darmstadt leicht mehr zugerechnet als 1995, aber weniger als 2009 (72,0%). Der Anteil, der auf den Regierungsbezirk Gießen entfiel, ging von 12,7% vor der Krise 2007 auf 12,4% zurück, dagegen stieg der Anteil des Regierungsbezirks Kassel im gleichen Zeitraum von 15,4% auf 16,0%.

Zu den Regionen mit relativ abnehmender wirtschaftlicher Bedeutung für das BIP zählen der Werra-Meißner-Kreis, der Landkreis Hersfeld-Rotenburg, die Stadt Kassel, der Lahn-Dill-Kreis und der Landkreis Gießen, die Städte Offenbach, Wiesbaden und der Landkreis Bergstraße - vor allem aber der Hochtaunuskreis und die Bankenmetropole Frankfurt. Der Stadt wird allerdings immer noch ein Viertel des hessischen BIPs zugerechnet.

Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen

Die hessische Wirtschaft erlebte seit 2000 einige tiefgreifende Veränderungen. Wie in anderen Bundesländern auch, sind sie bis 2007, bis vor der Krise 2008/2009 durch eine Veränderung der Wirtschaftsstruktur zu Lasten des Produzierenden Gewerbes, hier vor allem zu Lasten der Arbeitsplätze im Verarbeitenden gekennzeichnet. Ab 2009/2010 findet ein vor allem von humanorientierten öffentlichen und privaten Dienstleistungsunternehmen getragener Ausbau der Erwerbstätigkeit um 3,7% von 2009 auf 2016 statt. Hinter dem hessenweiten Durchschnitt verbergen sich erhebliche regionale Unterschiede. Während in Darmstadt, Frankfurt, Offenbach die Erwerbstätigenzahl um mehr als 10% steigt, ebenso in einigen südhessischen Kreisen sowie Gießen überdurchschnittlich, geht sie gleichzeitig in nordhessischen Kreisen weiter zurück. Hier kehrt sich allein in der Stadt Kassel der Trend um vom Abbau zum Aufbau von Erwerbstätigkeit. Es findet mithin eine doppelte Bewegung statt: Stärkung der urbanen Zentren und der südhessischen Regionen. Diese Entwicklung hängt stark mit der abnehmenden Bedeutung der Verarbeitenden Industrie für die Erwerbstätigenzahl zusammen.

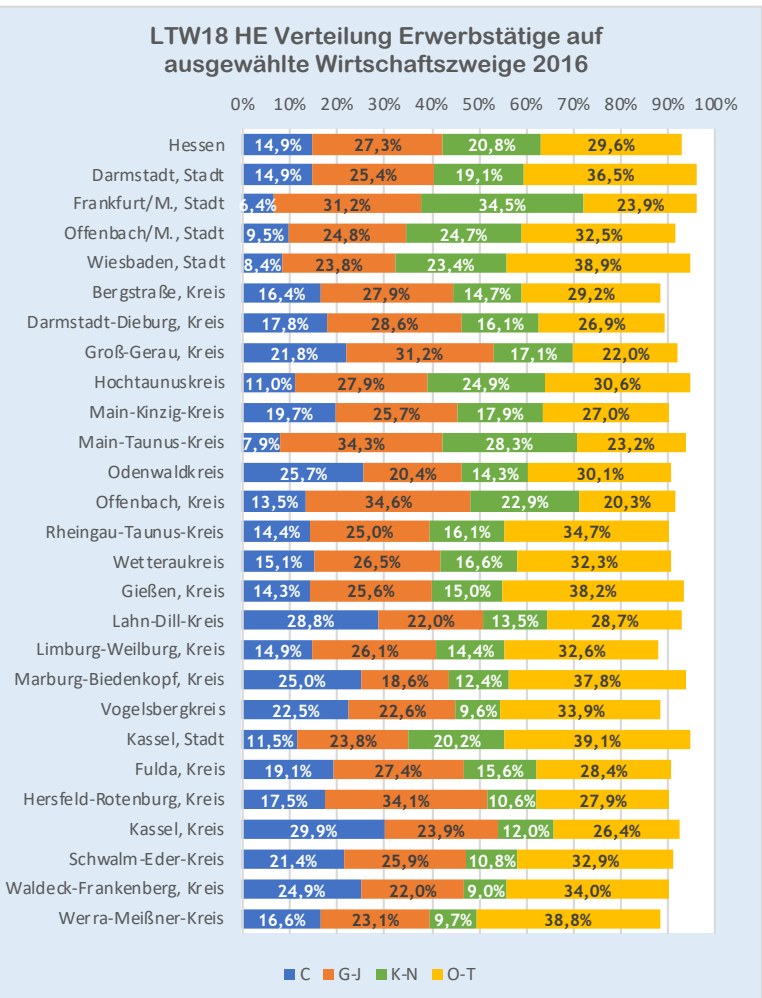


Der Anteil der Erwerbstätigen in der Verarbeitenden Industrie sank in Hessen von 18,6% auf 15,7% in 2009 und bis 2016 auf 14,9%. Die relative Bedeutung der Wirtschaftszweige Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation sank leicht von 28,2% auf 27,3% aller Erwerbstätigen. Der Sektor der Finanz- und Unternehmensdienstleister und der Immobilienwirtschaft legt von 18,2% auf 20,8% zu und derjenige der öffentlichen und privaten, personenorientierten Dienstleister von 27,0% auf 29,6%. Hier findet sich der relativ größte Teil der Erwerbstätigen wieder. Im Landkreis Waldeck-Frankenburg sind es fast zwei von fünf Erwerbstätigen, im Landkreis Offenbach indes nur einer von fünf.

Die politischen Einheiten Hessens erhalten durch ihre unterschiedliche Wirtschafts- und Erwerbstätigenstruktur ein erheblich voneinander abweichendes Gesicht. Die Unterschiede verlaufen dabei nicht allein entlang der Stadt-Land-Unterscheidung, sondern auch zwischen den Landkreisen. Während im Odenwald-Kreis, im Lahn-Dill-Kreis oder auch im Kreis Kassel ein Viertel und

mehr der Erwerbstätigen in der Verarbeitenden Industrie tätig ist, sind es im Hochtaunuskreis, im Kreis Offenbach oder im Kreis Limburg-Weilburg nicht einmal mehr ein Sechstel.

Nicht immer haben dort, wo der Anteil der Industriebeschäftigten am größten war, auch die größten Verluste an Arbeitsplätzen stattgefunden. Und auch nicht überall hat ein Abbau der Erwerbstätigkeit in der Verarbeitenden Industrie stattgefunden. Denn blickt man auf die absolute Zahl der in den Wirtschaftszweigen Erwerbstätigen ergibt sich ein zweites Bild, ein Bild hinter den Verschiebungen der relativen Gewichte.



C = Verarbeitende Industrie
 G-J = Handel, Lagerung, Verkehr; Gastgewerbe; Information und Kommunikation
 K-N = Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen
 O-T = Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal

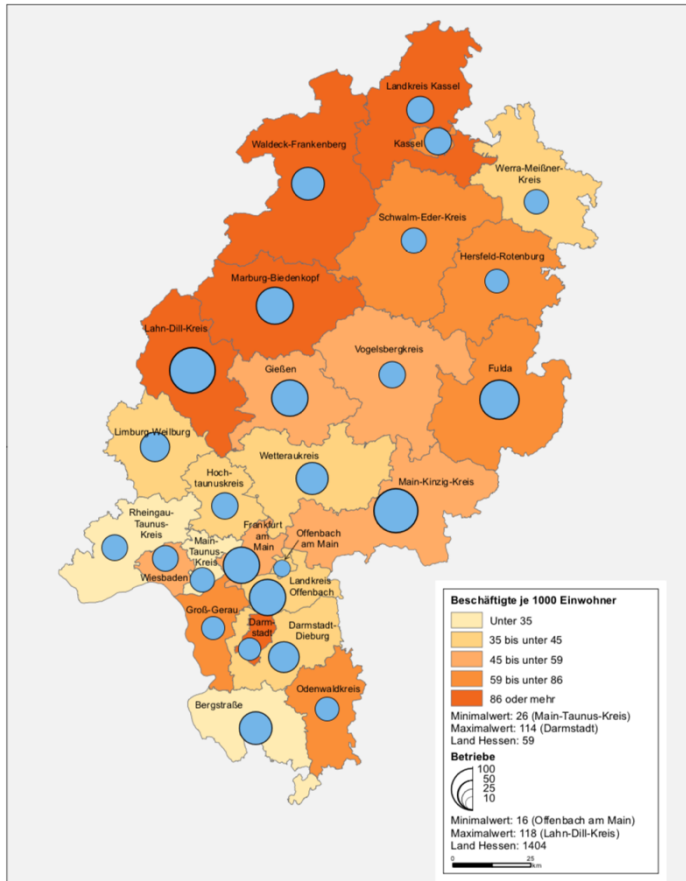
LTW18 HE Veränderung der Erwerbstätigenzahl in ausgewählten Wirtschaftszweigen 2000 bis 2016				
	C	G-J	K-N	O-T
Hessen	-13,1%	0,1%	24,4%	18,9%
Darmstadt, Stadt	-3,2%	2,7%	38,5%	15,1%
Frankfurt/M., Stadt	-27,0%	0,6%	15,3%	29,5%
Offenbach/M., Stadt	-40,4%	5,0%	5,9%	10,5%
Wiesbaden, Stadt	-20,6%	2,1%	11,8%	17,7%
Bergstraße, Kreis	-16,6%	3,7%	40,4%	23,0%
Darmstadt-Dieburg, Kreis	-8,9%	3,9%	55,3%	28,3%
Groß-Gerau, Kreis	-29,9%	2,6%	27,1%	24,1%
Hochtaunuskreis	-13,8%	4,1%	13,3%	35,5%
Main-Kinzig-Kreis	-12,3%	2,3%	48,0%	24,1%
Main-Taunus-Kreis	-39,3%	2,4%	28,1%	16,8%
Odenwaldkreis	-21,5%	12,2%	108,3%	19,9%
Offenbach, Kreis	-28,1%	1,8%	31,2%	41,4%
Rheingau-Taunus-Kreis	-12,1%	6,7%	11,1%	20,5%
Wetteraukreis	-10,9%	3,4%	11,6%	23,5%
Gießen, Kreis	1,0%	2,3%	41,8%	16,3%
Lahn-Dill-Kreis	-4,7%	3,7%	31,9%	18,0%
Limburg-Weilburg, Kreis	-10,9%	5,3%	34,1%	21,8%
Marburg-Biedenkopf, Kreis	8,7%	5,8%	37,9%	12,6%
Vogelsbergkreis	-5,4%	10,2%	15,5%	3,3%
Kassel, Stadt	0,7%	2,3%	40,9%	16,9%
Fulda, Kreis	1,7%	3,6%	51,3%	24,5%
Hersfeld-Rotenburg, Kreis	-19,2%	6,9%	31,0%	2,8%
Kassel, Kreis	3,4%	4,3%	21,6%	4,7%
Schwalm-Eder-Kreis	6,8%	6,1%	49,0%	-6,5%
Waldeck-Frankenberg, Kreis	-4,3%	6,8%	45,7%	2,8%
Werra-Meißner-Kreis	-35,4%	8,3%	10,8%	-5,8%
Deutschland	-3,7%	0,0%	36,4%	16,0%
C = Verarbeitende Industrie				
G-J = Handel, Lagerung, Verkehr; Gastgewerbe; Information und Kommunikation				
K-N = Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen				
O-T = Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal				
Quelle: AK VGRdL; eigene Berechnungen				

Während der Anteil der in der Verarbeitenden Industrie Erwerbstätigen in Hessen von 2000 bis 2016 um 3,7 Prozentpunkte sank, ging die absolute Zahl der in diesem Zweig Erwerbstätigen um 13,1% zurück. In manchen Regionen verschwand bis zu zwei Fünftel der Industrie-Arbeitsplätze binnen weniger Jahre, in anderen, wie im Kreis Gießen, in Marburg-Biedenkopf und im Nordhessischen, stieg indes die Zahl der Industriebeschäftigten.

Die nebenstehende Tabelle vermittelt einen Eindruck, wie sich die Wahrnehmungen in der Bevölkerung über die gesellschaftliche Arbeitsteilung, also über die relative Bedeutung von Wirtschaftszweigen, Berufen und der eigenen sozialen Position und Zukunftsaussichten verändert haben könnte. Verbunden mit diesen Veränderungen sind spezifische Status-Unsicherheiten. Ein wichtiges Indiz hierfür ist, dass in Hessen von 2000 bis 2015 die Zahl der Erwerbstätigen um 11% gestiegen ist, gleichzeitig aber die Zahl der »Arbeiter«, definiert als Lohnbeziehende, dies wiederum Hinweis auf klassische »Blaumann-Tätigkeiten«, um 31% gesunken ist.

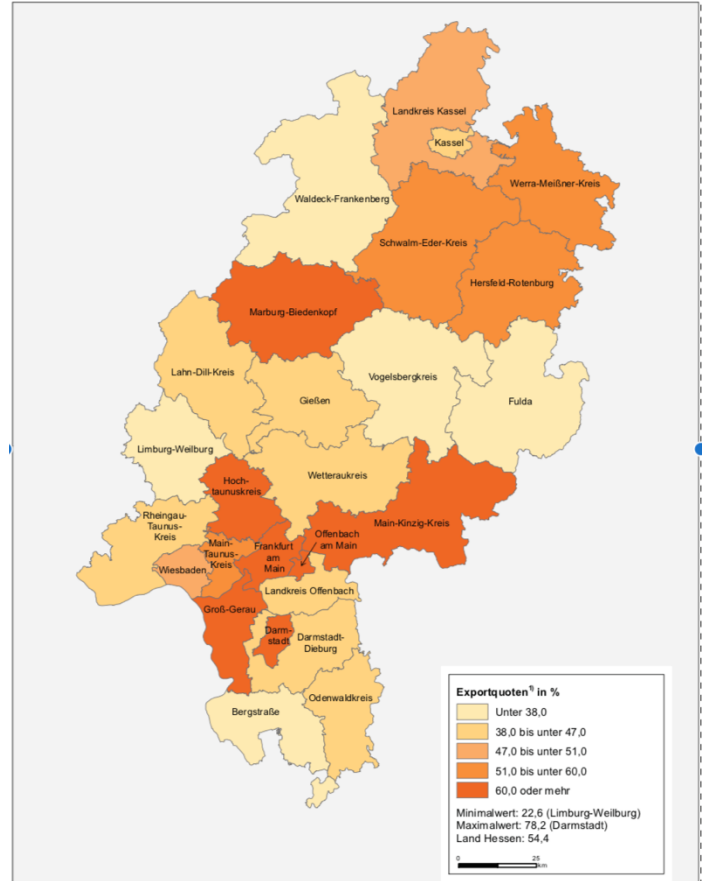
Gleichzeitig ergibt sich ein reichhaltiges Anschauungsmaterial zu Veränderungen in der Sozialstruktur, Zersetzung von alten sozialen Milieus, ihrer Fragmentierung und Differenzierung.

Neben diesen Verschiebungen in der wirtschaftlichen und beruflichen Arbeitsteilung fand, zumindest der Umbau in der Verarbeitenden Industrie, im Kontext differierender Weltmarkteinbindungen statt. Die Verarbeitende Industrie entlang des Maines und in Westhessen ist in hohem Maße (60% und mehr) weltmarktorientiert und -abhängig (vgl. Grafik nächste Seite).

Beschäftigte und Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 2017

1) Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) mit 50 und mehr Beschäftigten, einschl. Betrieben des Verarbeitenden Handwerks sowie einschl. baugewerblicher und sonstiger Betriebsstellen.

© GeoBasis-DE / BKG 2016
© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2018
Kartografie: Competence Center Geoinformation (CCG)

Exportquoten¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe 2017

1) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

© GeoBasis-DE / BKG 2016
© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2018
Kartografie: Competence Center Geoinformation (CCG)

Der Wandel in der Wirtschafts-, Sozial- und Berufsstruktur führt nicht zu unmittelbaren Änderungen im politischen Verhalten. Steter Wandel kann aber plötzlich politisch umschlagen. Eine Wahlkampfreportage in der FAZ beschreibt dies anschaulich:

»Städte boomen, von denen man das nicht erwartet hätte: Fulda, Kassel. Sie ziehen aus der Region viel Saft und Kraft. Die hohen Mieten sind längst auch dort ein großes Thema. Die Menschen pendeln, zurück bleiben in einigen Regionen Schlafstädte, in denen tagsüber das Leben fehlt. Manchmal franst dort schon der Wohlstand aus. In Hessen liegen deswegen lebensnahe Themen bei den Wählern vorne: Verkehr, Wohnen, Bildung. Hessen geht es wirtschaftlich sehr gut. (...) So wie der Erfolg der Grünen nicht von heute auf morgen passierte, so hat sich auch Hessen nicht von heute auf morgen gewandelt. Nur bei dieser Wahl könnte die Veränderung plötzlich offensichtlich werden. In Hessen war, politisch gesehen, die Welt sehr lange sehr übersichtlich. Seit 1958 hat kein Kandidat jenseits von CDU und SPD einen Wahlkreis direkt gewonnen. Nachdem Hessen Jahrzehnte lang eine rote Hochburg war, wird es inzwischen seit 19 Jahren von der Union regiert. Heute ist der Norden der Landkarte rot, die Mitte und der Süden sind schwarz. Auf den ersten Blick wird es neue Farbtupfer wahrscheinlich nur in den größeren Städten geben. Aber auch im übrigen Land verschiebt sich etwas.«

(Wo alte Hochburgen fallen und neue entstehen; 27.10.2018, http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-hessen/wahl-in-hessen-viele-gruende-etwas-neues-auszuprobieren-15858512.html?printPagedArticle=true%23pagelndex_0)

Das Projekt »Wahlachtberichte« wurde von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs ins Leben gerufen. Seit den Wahlen zum Europäischen Parlament erscheinen sie am frühen Morgen nach dem Wahltag bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen. Seit 2012 erscheinen die »Wahlachtberichte« unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Verarbeitet werden die am Wahlabend und in der Wahlacht verfügbaren Daten der Umfrage-Institute für ARD (Infratest dimap) und ZDF (Forschungsgruppe Wahlen). Übertragungsfehler liegen in alleiniger Verantwortung des Autors/der Autoren und Autorinnen. Änderungen in den Gewichtungen der am Wahltag erhobenen Umfragedaten im Licht des vorläufigen amtlichen Endergebnisses können in der Regel nicht mehr berücksichtigt werden. Kommentare und Wertungen stehen in alleiniger Verantwortung des/der Verfasser/in.